

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Lauhaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 3721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeilzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer sechs 6 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauhaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Politischer Aberglaube.

Leipzig, 11. Juni.

Die letzten Tage haben der bürgerlichen Presse wieder einmal Gelegenheit gegeben, sich mit ihrem politischen Aberglauben vor aller Welt zu produzieren. Das spricht mit geheimnisvoll-pfiffiger Miene von „Landwind“ und „Seewind“ und von den „höheren Regionen“, in denen der Wind plötzlich „umgesprungen“ sei, in Ausdrücken, als wäre über Nacht ein Pfingstwunder geschehen und als wäre der mythische „Wind“, dessen Brausen man wohl hört, aber ohne daß man weiß, von wannen er kommt und wohin er geht, eine gewaltige, überirdische Macht oder gar der liebe Gott selbst. Keine Ahnung von der wirklichen politischen Meteorologie, von den meßbaren Gesetzen der politischen Energie und ihrer Verwandlung; statt dessen ein alberner, vulgärer Aberglaube, der fast noch an Wetterhegen und allerlei böse Zaubergerister glaubt und sich, wenn es einmal am Himmel ein wenig weiterleuchtet, fromm bekreuzigt. In den kindischen meteorologischen Gleichnissen, unter denen diese Abergläubigen den Zauber der höheren Politik sich und andern anschaulich zu machen suchen, schlägt sich ihre ganze historische Begriffsstumpfheit nieder, die ebenso unfähig ist, die Gegenwart oder die Vergangenheit zu begreifen, als die mittelalterliche Astrologie den alltäglichen Erscheinungen von Wind und Wetter verständnislos gegenüberstand.

„Landwind“ und „Seewind“! Es ist, als lebten wir noch im grauen Altertum, in den kindlich-phantastischen Vorstellungen der rohen Naturvölker, wo der Gott der Winde je nach Willkür und Laune bald diesen, bald jenen Schlauch öffnet und seine Gefellen über das Land und Meer dahinsträuft, bis es ihn wieder gelüftet, die Ungebärdigen durch ein sonores Quos ego! in ihre Ruhestätte zurückzuscheuchen. Und in Ansehung der Vorgänge der Gesellschaft und ihrer politischen Kräfte ist die bürgerliche Geschichtsschreibung in der That über den rohesten Fettschismus noch nicht hinausgekommen. Das preussische Königtum ist für diese Chronisten das preussische Königtum, und der einzige Unterschied zwischen heute und vor 50 Jahren ist der, daß der Träger der preussischen Krone jetzt Wilhelm II. heißt, während er damals Friedrich Wilhelm IV. geheißen hat. Zwar ist in der Zwischenzeit auch das deutsche Reich geschaffen worden — derartige äußere Veränderungen sehen die Herren sogar stets unter dem Vergrößerungsglas — aber das ist auch alles, und mit der neuen staatsrechtlichen Abgrenzung der politischen Mächte, wie sie in der Reichsverfassung niedergelegt ist, ist die Summe der Wandlungen von einst bis jetzt für den politischen Kreuzzug dieser Geschichtsschreibung erschöpft. Keine blasse

Ahnung davon, daß sich im Schoße der deutschen Gesellschaft eine totale Verschiebung in der Zusammensetzung der Bevölkerungsschichten und Berufsstände vollzogen hat, daß unter dieser Umbildung sich der Charakter der politischen Parteien unmerklich gewandelt hat und daß unter diesem allgemeinen Wechsel auch die konzentrierteste Form der politischen Macht, die preussische Monarchie und ihr Verhältnis zu den Parteien und Klassen, eine grundsätzliche Wesensänderung erlebt hat.

Man kann diese Wandlung mit zwei Strichen dahin charakterisieren, daß man sagt, die Krone sei in Deutschland vom vormärzlichen Despotismus zum modernen Cäsarismus vorgeschritten. Den ganzen Inhalt der politischen Veränderungen wird man mit diesen historischen Sammelbegriffen allerdings mehr skizzieren als erschöpfen. Der Despotismus von ehemals konnte sich einzig auf die pommerschen und uckermärkischen Granden stützen, und er konnte mit ihrer Hilfe auch die widerwärtige Bourgeoisie niederhalten; der Cäsarismus sucht seinen politischen Schwerpunkt notwendig in den Schlotbaronen und Schiffsgewaltigen und — in den „edlen Herren der Kirche“, während die altpreussischen Vasallen nur mehr als höfische Statisten gerue gesehen sind. Der feudale Despotismus konnte in der Konfliktzeit gegen den preussischen Bundtag und das preussische Bürgerturn regieren; der moderne Cäsarismus ist auf die Unterstützung der Centrumsdemagogie angewiesen und dokumentiert auch hierin seine historische Verwandtschaft mit dem napoleonischen Cäsarismus. Der politische Antipode des Despotismus war das fortschrittlich gesinnte Bürgerturn; der Gegenpol des Cäsarismus ist das demokratische Reichstagswahlrecht, wie in dem napoleonischen Frankreich das Plebiszit. Diese totale Verschiebung der politischen Kräfte und Funktionen entspricht der inneren Wandlung der gesellschaftlichen Struktur, und ihr politischer Ausdruck war die Revolution von oben, die das nennende Kaiserturn ins Leben gerufen hat. Der alte Despotismus gleicht einer veralteten Citadelle Baubauher Konstruktoren; der moderne Cäsarismus einer modernen Festung mit Außenforts, die sich durch die feudale Stadtumwallung eingerngt und zugleich bedroht fühlt und auf deren baldige Niederlegung drängt. Diese selbst ist nur noch eine Frage der Zeit und höchstens noch — des souveränen Geschmacks; in den Tagen der Restauration der alten Mitterherrlichkeit kann auch der altpreussische Schwertadel noch auf eine gewisse Galgenfrist rechnen; aber zuletzt wird es auch ihm an den hochgeborenen Krügen gehen.

Diese geschichtlichen Wandlungen liegen so sinnfällig auf der Hand, daß sie selbst die historische Blindheit des Liberalismus mit dem Stocke fühlen kann. Nur malt sich in den liberalen Köpfen die politische Zukunft in der schönen

Illusion des Heranbrechens einer liberalen Ära. Für diese ist die Zeit freilich längst vorbei, und die politische Unfähigkeit des Liberalismus ist es gewesen, welche die schulgerechte Durchbildung des Cäsarismus in den siebziger Jahren verhindert hat. Wenn einmal der moderne Cäsarismus in Deutschland sich in voller Reife als die entwickeltste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft etablieren wird, wird er seine demagogische Ergänzung nicht in dem abgehaunten Liberalismus, sondern im Centrum suchen, und es ist nur eine Frage der Opportunität, wann sich dieser Uebergang endgültig vollziehen wird. Bis dahin werden die preussischen Konservativen die Regierungspartei sans phrase bleiben und dem deutschen Kaiserturn das äußere Ansehen des vormärzlichen Königtums zu geben suchen. Tatsächlich aber stehen wir schon mitten in diesem Uebergang drin, und die ganze Unsicherheit der Lage und die Unberechenbarkeit der politischen Zukunft ist viel weniger auf das Conto persönlicher Faktoren als auf das der Schwankungen und Hin- und Herbewegungen zu setzen, mit dem jede Verlegung des politischen Schwerpunkts unabänderlich verbunden ist. Die reinliche Fortentwicklung wird zudem noch erschwert durch die namenlose Verwirrung der politischen Ordnung in Deutschland, wo der preussische Dreiklassenlandtag sich wie ein Bleikug an jede Vorwärtsbewegung hängt.

Die Staatsformen haben sich dem Bedürfnis der bürgerlichen Klassenherrschaft in den verschiedenen Ländern in wunderbarer Weise anpassen gewohnt. In dem überwiegend kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Frankreich ist die Republik die konservative Lebensform der dortigen bürgerlichen Gesellschaft geworden und wird es solange bleiben, als die wirtschaftliche Fortentwicklung, und die sozialistische Bewegung sie nicht in die Arme des Cäsarismus zurücktreiben wird. Wenn Jaurès belläufig in der französischen Republik nur die politische Umwälzungsform der Gesellschaft sehen und die Demokratie als Hebel der Sozialisierung benutzen will, so hat er dabei wohl einen Anspruch von Karl Marx aus dem 18. Brumaire, aber nicht die geschichtliche Erfahrung der letzten drei Jahrzehnte auf seiner Seite, wie übrigens auch Marx in derselben Schrift das Jaurès'sche Wort vom allgemeinen Wahlrecht als dem Kommunismus der politischen Gewalt nur in etwas anderen Worten vorausgedacht hat.

In dem industriell hochentwickelten Deutschland mit seiner gewaltigen sozialistischen Arbeiterbewegung erscheint der Cäsarismus als die gegebene Staatsform, nur noch beschwert und belästigt durch allerlei mittelalterlichen feudalen Kraut, dessen altmodisches Geschäß nordrützig auf die Bastionen der Klassenherrschaft aufgepflanzt wird und dem

Seuilleton.

Der Vagabund.

Von Maxim Gorki.

Promkov fuhr fort: Zuerst amüsierte ich mich über meine Frau, nachher aber wurde es mir widerlich, sie anzuhören... Ich sehe, daß sie sich ewig mit allerlei Erdichtungen aus den Büchern zeigt... und einem Weibe paßt das aus den Büchern Herausgelesene, wie einem Diener ein vom Herrn abgelegter Anzug. Wir fingen an, uns ab und zu zu scheitern... Ich wurde mit einem Popen bekannt; dort war so ein Pöpe — Bruder Niederlich, Guitarrenspieler, Sänger — er tanzte prachtvoll den „Trepak“ und war ein Meister im Trinken... Für mich war er der beste Mensch in der Stadt, denn mit ihm lebte es sich immer lustig, und meine Frau schimpfte mich wegen des Popen und wollte mich immer in den Kreis ihrer Bekannten, verschiedener Bücherwörter und Pharisäer, hineinziehen. An den Abenden kamen zu ihr alle ernst und vortrefflichen Leute der Stadt, wie sie die nannte... aber für mich waren sie so ernst, wie Erwürgte. Ich selbst liebte es, während dieser Zeit zu lesen, aber ich verstand es nie, mich wegen des Gelesenen zu beunruhigen; und begreife es auch nicht, wozu es nötig sei. Die aber — meine Frau und die anderen — wenn sie manchmal irgend ein Buch lasen, wurden so aufgeregt, als ob jedem von ihnen hundert Splitter in die Haut gefahren wären. Meine Meinung ist die: ein Buch? Gut! Ein interessantes dazu? Noch

besser! Aber jedes Buch ist doch von einem Sterblichen geschrieben, und höher als sein Können und Vermögen kann der ja nicht hinaus. Alle Bücher werden zu einem Zweck verfaßt: jeder will beweisen, daß Gutes gut ist und Schlechtes — schlecht. Und das Resultat bleibt dasselbe, ob man hundert von Büchern liest oder tausend. Meine Frau verschlang die Bücher dutzendweis... so daß ich ihr direkt sagte, ich würde viel besser leben, wenn ich den Popen geheiratet hätte. Der Pöpe nur rettete mich vor Langeweile, und wenn er nicht gewesen wäre, würde ich längst von meiner Frau wegelaufen sein. Kaum kamen die Pharisäer zu ihr — ich los zum Pöpen. So lebte ich anderthalb Jahre. Los Langeweile half ich dem Pöpen beim Gottesdienst. Das bald die Apostel, sang bald auf dem Chore: von meiner Jugend auf kämpfen in mir viele Leidenschaften.

Vieles habe ich in dieser Zeit durchgemacht und vieles wird mir für diese Erbuldung am jüngsten Gericht verziehen werden. Aber da kam zu meinem Pöpen seine Nichte, sie kam, weil er Witwer war und weil ihn die Schweine gefressen hatten, das heißt nicht vollständig aufgefressen, sondern nur seine Gestalt verborben. Wissen Sie, er war in betrunkenem Zustande auf den Hof hingefallen und war eingeschlafen, die Schweine waren auf den Hof gekommen und hatten ihm ein Ohr, die Wangen und den Hals angefressen. Denn es ist ja bekannt, daß Schweine allen möglichen Schund fressen. Infolge dieses Verlustes erkrankte mein Pöpe und ließ seine Nichte kommen, damit sie ihn pflege, und ich die Nichte. Nur, wir machten uns sehr eifrig an die Sache und mit Erfolg. Aber meine Frau erfuhr, was los war, erfuhr es und selbstverständlich schimpfte sie. Was sollte ich thun? Ich fing auch an zu schimpfen. Und sie sagte mir: Scher Dich

aus meinem Hause! Ich überlegte und sann nach und ging in Frieden fort, ging ganz aus der Stadt weg. Und so löste ich die Bande meiner Ehe... wenn sie, meine Frau nämlich, am Leben ist, so zählt sie mich bestimmt schon unter die glücklich Verstorbenen. Ich hatte nie ein großes Verlangen, sie zu sehen... denke, daß sie mich auch ganz vergessen hat und in Frieden lebt! Denn ich war ihrer einst sehr überdrüssig geworden...

Nun also wieder ein freier Mann, kam ich nach der Stadt Penja. Versuchte es bei der Polizei — war keine freie Stelle; versuchte hier und da — kein Platz! Da wurde ich Psalmenfänger an einer Kirche... Nehme diese Stelle an, singe und lese. In der Kirche ist wiederum ein Publikum und von neuem regt sich in mir ein Widerwillen gegen dasselbe. Der Verdienst — traurig, die Stellung ist abhängig. Es ging mir schlecht. Aber da half mir eine Kaufmannsrau. Sie war eine behäbige, gottesfürchtige Frau und das Leben war ihr langweilig. Da wählte sie mich zur Erbauung ihrer Seele. Ich ging zu ihr hin und sie fütterte mich. Ihr Mann war im Zrenhaufe, sie verwaltete allein ein großes Mehlgeschäft... Da tippte ich ganz leise bei ihr an: Es ist schwer, sagte ich, Seklejeja Kirilowna! Schwer ist es, sagte sie. Nehmen Sie mich als Hilfe? Du wirst mich betrügen, sagt sie — und selbstredend nahm sie mich. Da hatte ich gute Tage; aber die Stadt war ganz gemein. Kein Theater, kein anständiges Wirtshaus, keinen interessanten Menschen... Natürlich fing ich an, mich zu grämen. Gräme mich und schreibe dem Onkel einen Brief: Während der fünfjährigen Abwesenheit aus Petersburg, sage ich, habe ich Vernunft angenommen. Bitte um Verzeihung für alles, was ich angerichtet habe, werde nie Alotria treiben, und nebenbei frage ich an,

neuen deutschen Reich von außen manchmal ein etwas vorurteiliches Ansehen giebt. Die bürgerliche Klassenherrschaft hat keine spezifisch politische Staatsform gefunden; sie hat sich in Anlehnung an die geschichtliche Tradition eingerichtet, die sie in der Praxis um so inbrünstiger respektiert, je weniger sie sie theoretisch begriffen.

In dieser historischen Begriffstypizität liegt in letzter Linie der politische Aberglaube begründet, mit dem die bürgerliche Tageschronistik die Erscheinungen der Gegenwart zu würdigen sucht. Alles ist ihr der Ausfluß persönlicher Mächte und Kräfte, die der Liberalismus um so brünstiger zu umfassen sucht, als ihm selbst politisches Selbstbewußtsein und Kraftgefühl abgehen. Der Aberglaube ist auch hier nur der ideale Reflex eines Mangels, die Blindheit ein Symptom des allgemeinen körperlichen Verfalls.

Politische Uebersicht.

Der zweite Akt.

Aus dem Reichstag wird am 10. Juni geschrieben: Dem Reichstag gelang es heute trotz seiner Sitzungsdauer von 7 Stunden nicht, das Plenum, das er sich vorgenommen hatte, ganz zu erledigen. Es wurde nur die Novelle zum Zuckersteuergesetz in zweiter Lesung angenommen, die zweite Beratung des Sacharinsgesetzes mußte für morgen vorbehalten werden. Nur trotzdem morgen die beabsichtigte Beratung des Reichstags herbeiführen zu können, sollen an diesem Tage zwei Sitzungen stattfinden, deren erste — ein bis jetzt in der Geschichte des deutschen Reichstags wohl noch nicht dagewesener Fall — bereits um 9 Uhr vormittags beginnen wird. In einer Nachmittags-Sitzung will man dann versuchen, sowohl die Branntweinsteuer-Novelle wie die Zuckervorlage in dritter Lesung endgültig unter Dach und Fach zu bringen.

Die Debatten zur Zuckersteuernovelle, die sich recht interessant gestalteten — schon die hohe Präsenziffer von 309 Abgeordneten bewies das lebhafteste Interesse aller Parteien an dem Ergebnis der Beratungen — drehten sich um zwei integrierende Streitpunkte: die Wiedereinführung einer Kontingentierung der Zuckerproduktion und die Festsetzung der neuen Zuckersteuer. In beiden Fällen wurden die Vorschläge der Kommission vom Plenum über den Haufen geworfen, und besonders was die Frage der Kontingentierung anlangt, lieferten die Plenarverhandlungen den Beweis, welche verhängnisvolle Beschlüsse in von Interessentenmehrheiten terrorisierten Kommissionen möglich sind. Die Regierungsvorlage hatte, dem Sinne und den Tendenzen der Brüsseler Konvention entsprechend, die bisher bestehende Kontingentierung für die einzelnen Zuckerfabriken aufgehoben, die Zuckerkommission aber verstand es, Anträge durchzusetzen, die den bestehenden Fabriken ein reichliches Kontingent garantieren, das Entstehen neuer Fabriken aber mindestens für die nächsten 5 Jahre gänzlich unmöglich machen. Abg. Müller-Fulda war es gewesen, der in der Kommission seinen ganzen Einfluß für diese Beschlüsse einsetzte, und auch im Plenum gab das Centrum durch den Abg. Dr. Becker, den „Zuckerbäcker“, die Parteilosigkeit an: Für die Kontingentierung! Es war freilich ein wenig blamabel für die „regierende Partei“, daß ein großer Teil der Fraktion, besonders die bayerischen Centrumsmitglieder, bei der namentlichen Abstimmung diesem Kommando nicht parierte.

Die Linke unterließ nichts, um das Verderbliche einer Kontingentierung ins rechte Licht zu setzen. Besonders Abg. Richter und unser Genosse Schippel legten eingehend dar, wie das große internationale Wert der Brüsseler Konvention durch diese Bestimmungen verunzert und unwirksam gemacht werde. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Kontingentierung mit 194 gegen 114 Stimmen, ein Resultat, das die Linke mit lautem Beifall begrüßte. Ebenso wie das Centrum stießen bei dieser Frage auch die konservativen Parteien und die Nationalliberalen vollständig auseinander.

Wenn es somit gelungen war, die Sonderbestrebungen des Zuckerartikels in dieser Hinsicht zu vereiteln, so gelangte bei der Festsetzung der zukünftigen Höhe der Zuckersteuer nur ein Kompromiß der widerstreitenden Interessen zur Annahme. Diese Steuer, die bisher 20 Mk. betrug, wollte die Regierung auf 16 Mk. herabsetzen; die Kommission hatte weitere Ermäßigungen vorgeschlagen (12, später 10 Mk.), war aber damit bei der Regierung auf Widerstand gestoßen. Auch heute erklärten sich der preussische Minister v. Rheinbaben und der bayerische Bevollmächtigte Graf v. Chersfeld gegen diese weitergehende Herabsetzung. Der freisinnige Abg. Hermes hatte die Aufgabe übernommen, Regierung und Reichstagsmehrheit auf der „mitt-

leren Linie“ einer 14 Mk. Steuer zusammenzufassen; diese Steuerhöhe bezeichnet dasjenige, was für die nächsten Jahre zu erwarten sein wird.

Unsere Genossen traten für die völlige Aufhebung der Zuckersteuer ein, und Ledebour wies wirksam nach, daß eine solche Maßnahme zu einer Verbilligung des Zuckers von 32 auf 15 Pfg. für das Pfund und damit auch im Interesse der Zuckerindustrie selbst zu einer gewaltigen Steigerung des Konsums führen müsse. Zur Deckung des Ausfalls der Reichsfinanzen verlangte er eine Reichseinkommensteuer und gefielte scharf das Gebahren der Regierung, die, während sie Klageklieber anstimmt über die finanzielle Notlage, eine Viertelmilliarde für die polnische Kaninchenjagd ausgiebt und die für eine nicht allzu ferne Zukunft neue kostspielige Flottenabenteuer zu planen scheint. Bei der Abstimmung stimmten pilanterweise außer unserer Fraktion nur die radikalen Agrarier um Jahn und Dertel, sowie die Polen und Antisemiten für unseren Antrag.

Auch unsere Forderung der Aufhebung des Eingangszolls auf Zucker, von Bernstein beweiskräftig beantwortet, wurde von der Mehrheit niedergestimmt. In der weiteren Debatte ließ Freiherr v. Tziellmann durchblicken, daß die Regierung der von den Agrariern geplanten Knebelung der Sacharindustrie zustimmen wird. Darüber wird morgen ein Wort zu reden sein.

Ein „radikales“ Regierungsprogramm.

Das neue Ministerium Combes hat sich gestern der Kammer vorgestellt und sein Programm zum besten gegeben. Vor einigen Tagen bezeichnete sich Herr Combes einem Interviewer gegenüber als simplen Plaghalter für Waldeck-Roussieu, der nur seine körperliche Wiederherstellung abwartet, um die Zügel der Regierung wieder in die bewährten Hände zu nehmen. Das Aktionsprogramm des Kabinetts Combes bewegt sich allerdings durchaus auf der Verlängerung des Ministeriums Waldeck-Roussieu, und es scheint in der That nur eine Veränderung der Personen, nicht der Regierung, vor sich gegangen zu sein. Das wäre weiter nicht gefährlich, und es könnte schließlich höchst gleichgültig bleiben, ob dies radikale Regiment von Waldeck-Roussieu selbst vertreten wird oder ob er nur seinen Plaghaltern souffliert, wenn es nur ein reines radikales Programm wäre. In dieser Beziehung bleibt aber sehr viel zu wünschen übrig, und die Kritik, die wir bereits an den vorläufigen Verlautbarungen des Programms geübt haben, trifft vollinhaltlich auf dessen jetzige Proklamierung zu. Der offiziöse Kammerbericht von der gestrigen Sitzung lautet:

Die Kammer bearbeitete die endgültige Wahl des Bureau. Sodann übernahm Bourgeois das Präsidium und hielt eine Ansprache, in welcher er erklärte, er werde dafür Sorge tragen, daß der Parlamentarismus, welche eine Stätte für Wahrheit und Recht sei, die ihr gebührende Achtung gewahrt werde; er werde sich bemühen, daß in der Kammer der wahre republikanische und demokratische Geist hochgehalten werde. Das Volk erwarte dies von seinen Erwählten, welche die Vertreter einer wahrhaft gerecht denkenden, brüderlichen und menschlichen Demokratie seien. Das Land wünsche den inneren Frieden, der ein Unterpfand der moralischen Einigkeit sei, welche Frankreich gestalte, den Rang und die Rechte einer rühmvollen Vergangenheit zu bewahren und in der Zukunft der Entwicklung des hohen und legendreichen Einflusses seines Geistes nachzugehen. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerpräsident Combes verliest darauf die Erklärung des neuen Ministeriums. Diese stellt zunächst fest, daß das allgemeine Stimmrecht das Verhalten der vorhergehenden Regierung begünstigt habe. Daran schließt sie die Aufforderung zur Bewahrung der Einigkeit der Mehrheit, welche das Ergebnis der letzten Wahlen sei und zur Vollendung des Reformwerks, welches das Land verlange, so sehr als je von nöten sei. „Wir werden mit unserer ganzen Energie“, heißt es in der Erklärung, „alle diejenigen bekämpfen, welche versuchen sollten, unsere republikanische Regierungsform anzugreifen und die Arme ihren Pflichten abwendig zu machen; wir werden die Arme von der Politik fern zu halten wissen. Wir werden nicht dulden, daß ein Teil des Klerus versucht, die Kirche mit den religiösen Kongregationen zu identifizieren. Wir werden über der Anwendung der Gesetze des Landes zu wachen haben und werden die Gesetze der Republik mit allen Mitteln verteidigen, über welche die Regierung verfügt. Das Vereinsgesetz tritt jetzt in die Periode seiner Ausführung durch die Verwaltung ein. Die Regierung wird darüber wachen, daß keine der Bestimmungen des Gesetzes wirkungslos bleibe. Wir werden Ihnen gleichzeitig die Ab-

schaffung des Unterrichtsgesetzes von 1850 vorschlagen, damit der Staat, ohne deshalb aus dem öffentlichen Unterrichtswesen ein Monopol machen zu wollen, die Stelle, welche er niemals hätte ausgeben sollen, wieder einnehme und über den Unterricht, der jedem Bürger zu teil wird, wache.“ Die Erklärung bespricht sodann die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und sagt: Die Regierung wird nichts verabsäumen, um mehr sparsamen Sinn in den Ausgaben eintreten zu lassen und um die Belastung des Budgets in angemessenen Grenzen zu halten. Die Regierung wird sich bemühen, den nationalen Kredit in gutem Stande zu erhalten. Unter den Reformen, welche das allgemeine Stimmrecht fordert, ist eine der ersten, welche durchzuführen sein wird, diejenige, daß in dem Steuerwesen mehr Billigkeit und mehr praktischer Sinn obwalten und daß vor allem gewisse Abgaben durch eine allgemeine Einkommensteuer ersetzt werden müssen, welche jeden nach seinen Fähigkeiten und Mitteln trifft. In aller nächster Zeit wird die Regierung den Staat erschöpfen, die Vorlage betreffend Einführung des zweijährigen Militärdienstes zu beraten und sie wird diese Vorlage auch mit allem Nachdruck vor dem Parlament vertreten. Die Erklärung bemerkt sodann, daß die Regierung sich bemühen werde, die Militärgerichtsbarkeit auf den Grundlagen der modernen Gesetzgebung aufzubauen und daß sie sich mit der Frage des Ankaufs von Eisenbahnen und mit der Altersversicherung der Arbeiter beschäftigen werde. Die Regierung sei entschlossen, die Wohltaten des republikanischen Geistes in den täglichen Einzelfragen der Verwaltung jedermann gegenüber zur Geltung gelangen zu lassen.

Die Erklärung schließt mit der Versicherung, daß die Regierung niemals den Gesichtspunkt der höheren und dauernden Interessen des Landes und seiner auswärtigen Politik aus dem Auge lassen wird. „Sie wird fortfahren, die Bündnisbeziehungen des Landes zu pflegen, deren wohlthätige Wirkung Frankreich und Rußland in gleicher Weise schätzen und welche die öffentliche Meinung der ganzen Welt als eine Bürgschaft des Friedens und des Gleichgewichts betrachtet. Sie wird die freundschaftlichen Beziehungen fortsetzen, welche sich kürzlich weiterentwickelt haben oder wieder angeknüpft sind und welche die Gemeinamkeit der Abstammung, der Nachbarschaft und der Ähnlichkeit des historischen Bestehens erleichtern. Unter Achtung der Rechte eines jeden anderen wird die Regierung darüber wachen, den Bestanden Frankreichs unverehrt zu erhalten.“ (Lebhafter Beifall.)

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten beschließt die Kammer, die eingebrachten Interpellationen zu vertagen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Der hauptsächlichste Teil der Regierungserklärung ist das Kampfprogramm gegen die Merkanten und Nationalisten; die nichtradikalen, aber antiklerikalen und antinationalistischen Elemente des Ministeriums haben ihre Bestrebungen in den Vordergrund zu stellen gewußt. Um so magerer ist die radikale Seite des Programms ausgefallen. Statt der progressiven des radikalen Programms figuriert die „allgemeine“ Einkommensteuer, und es wird sich ja zeigen, was von dieser wesentlich abgeschwächten Forderung Geseß werden wird. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und die Reform der Militärgerichtsbarkeit sind Forderungen fast aller Parteien und haben darum keinen radikalen Parteiloscharakter. Die Ankündigung, daß sich die Regierung mit der Altersversicherung „beschäftigen“ wird, klingt dünn genug, und wird von der Regierung selbst für so bedeutungslos gehalten, daß sie in den früheren offiziellen Vorankündigungen des Programms überhaupt nicht erwähnt worden ist.

Lebregens ist die radikale Presse nicht besser als die „radikale“ Regierung. Die radikalen Blätter äußern jetzt lebhafteste Unzufriedenheit darüber, daß der Justizminister Ballu dem Berichtserhalter eines nationalistischen Blattes erklärt haben soll, daß er den Oberstaatsanwalt Bulot wegen seiner Rolle in der Humbertaffäre nicht auf seinem Posten belassen werde. Radical hebt hervor, daß Bulot die Treibereien der vom Staatsgerichtshof verurteilten Verschwörer aufgedeckt habe, daß er gegen die Assumptionisten eingeschritten sei und daß auf ihm zum großen Teile die Durchführung des Kongregationsgesetzes beruhe. Solchen Mann bloßzustellen, wäre ein großer Fehler.

Wenn derartige politische Verdienste maßgebend sein sollen für die Befassung eines Mannes, dem eine schwere Unterlassungssünde nachgewiesen wird, so kann man sich bei den französischen Radikalen allerdings über nichts mehr wundern.

— könnte ich wohl in Petersburg leben? Der Onkel antwortete, — kannst, aber vorsichtig. Da . . . nahm ich Abschied von der Kaufmannsfrau. Wissen Sie was, — sie war ein dummes Weib, fett, stark und nicht hübsch . . . Ich habe Geliebte gehabt, belles femmes . . . schöne und kluge Weiber waren es . . . Ja—a, aber von ihnen trennte ich mich immer im Wäsen: entweder ich jagte das Weib wütend und voll Verachtung fort oder das Weib brockte mir eine Gemeinheit ein. Über diese Seklejeja hat mir Achtung vor sich eingeflüßt durch ihre . . . Gutmütigkeit. Ich sage ihr — adieu! Adieu, sagt sie, mein Herzerliebster! Möge Dir Gott helfen, glücklich zu sein . . . Thut es Dir denn gar nicht leid, sage ich, Dich von mir zu trennen? Wie kann einem so ein schöner und kluger Mann nicht leid thun? sagt sie. In Ewigkeit, sagt sie, würde ich mich nicht von Dir trennen, aber es ist nötig . . . ich, sagt sie, begreife Dich — Du bist ein freier Vogel; nun, fliege nur in Gottes Namen weiter! Und dabei weint sie bitterlich. Nun, sage ich, verzeih mir, Seklejeja! Was, sagt sie, ich muß Dir noch dankbar sein, aber nicht verzeihen. Was, Dank, wofür dankbar sein? Ja, wie denn, sagt sie. Was bist Du für ein Mann — mich an den Bettelstab zu bringen wäre für Dich ein Leichtes gewesen, ich war vollständig in Deinen Händen; wenn Du nur wolltest, könntest Du mich berauben und ich würde Dich nicht gehindert haben — das wußtest Du. Und Du gehst ehrenvoll fort . . . und ich weiß, wieviel Du in dieser Zeit bei mir verdient hast — alles in allem circa viertausend. Ein anderer an Deiner Stelle, sagt sie, würde den ganzen Drei aufgefressen und dazu noch den Kopf zerschlagen haben . . . Ja—a . . . das sagte sie . . . Ach, ein liebes Weib! . . . Ich küßte sie ab und mit Achtung vor ihr und ihren Herzens und mit fünftausend in der Tasche

— sie hatte sich verzählt — kam ich nach Petersburg. Lebe wie ein großer Herr, gehe ins Theater, schließe Bekanntschaften, spiele ab und zu aus Langeweile auf der Bühne, aber meistens Karten. Eine schöne Beschäftigung — Kartenspielen! Man sitzt am Tisch und im Laufe einer Nacht stirbt man zehnmal und steht wieder von den Toten auf. Es ist einem bange, zu wissen, daß einem da im nächsten Augenblick sein letzter Rubel genommen wird und man ist ein Bettler, auf die Straße muß man gehen — stehlen oder sich erschießen. Ebenso angenehm ist es einem aber, zu wissen, daß der Nachbar oder Partner betreffs des letzten Rubels dasselbe peinliche und bange Gefühl, das man kurz vor ihm hatte, erduldet. Die roten und bleichen erregten Fragen aus Angst zu verlieren und aus Geldgier zitternd zu beobachten — sie anschauen und dabei ihre Karten eine nach der anderen zu schlagen . . . — Ach, wie wunderbar das die Nerven und das Blut erregt! . . . Man schlägt nur eine Karte und dabei scheint es, als ob man dem Menschen ein Stück heißen Fleischs mit Nerven und Blut aus dem Herzen herausriße . . . Saftig! Dieses ständige Risiko des Fallens — ist das Schönste im Leben . . . und der beste Gedanke ist so ausgedrückt!

Es ist ein Genuss im Kampfe Und an bühnern Abgrundrande!

Ein großartiger Genuss liegt darin . . . und überhaupt wohl kann man sich nur dann fühlen, wenn man irgendwas riskiert. Je größer das Risiko — desto mehr Leben . . . Haben Sie je gehungert? Ich habe manchmal zweimal vierundzwanzig Stunden nichts gegessen. Und da, wenn der Magen anfängt, sich selbst zu verzehren, wenn man fühlt, wie einem die Eingeweide vor Hunger absterben und eintrocknen — dann ist man bereit für ein Stück Brot einen Menschen, ein Kind zu erschlagen

. . . zu allem ist man bereit, — in dieser Bereitwilligkeit zum Verbrechen liegt eine eigenartige Poesie . . . das ist ein köstliches Gefühl, und wenn man es durchlebt hat, achtet man sich mehr.

Aber wir wollen unsere bunte Erzählung fortsetzen, sie zieht sich schon so wie so wie ein Leichenzug hin, in dem ich die Stelle des Leichnams einnehme. Psui! Da ist mir ein dummer Vergleich durch den Kopf gefahren. Und vielleicht ist er richtig . . . Uebrigens, damit kommen wir nicht weiter. Herr Balzac hat irgendwo einen sehr richtigen und passenden Ausdruck — „das ist dumm wie eine Thatsache“. Dumm? Nun, mag sein! Was geht mich der Unterschied zwischen dumm und klug an! Also, ich lebe in Petersburg. Es ist eine gute Stadt, aber sie würde nochmal so gut sein, wenn man die Hälfte ihrer Einwohner in dem schlechten Meere, das rings um sie her glückt, ertränken würde. Ich lebe und verbrachte verschiedene Sanierungen, wie es sich für einen Menschen gehört. Ich gefiel einer Dame und sie unterhielt mich . . . Wurden Sie je von Frauen unterhalten? Versuchen Sie es mal, denn es ist interessant, — Sie sind zu gleicher Zeit Eigentum Ihrer Dame und ihr Gebieter. Man hat Sie gekauft als Spielzeug, aber Sie spielen mit dem Käufer. Dieser Käufer ist in Ihren Händen und in einer sehr komischen Lage — denn Sie können immer vor ihm die Rolle eines Stiefels, der ein Gut sein will und verlangt, man möge ihn auf dem Kopfe tragen, spielen. Also nun lebe ich, lebe ein, zwei, drei Jahre — alles geht glatt vor sich, das heißt lustig.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Botschaft. „Das junge Fräulein Meyer ist ganz die Mama des auf die Spitze Junge.“ „Ja, der getreue Kellner.“

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 10. Juni. Das Abgeordnetenhaus beriet heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., die sogenannte lex Adickes. Die Vorlage, die den Landtag in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt hat, und in der einige bürgerliche Sozialpolitiker das Abwehrmittel gegen die Wohnungsnot erblickten, bestimmt in ihrem grundlegenden Teil, daß in Frankfurt a. M. für überwiegend unbebaute Teile des Gemeindebezirks, für die der Bebauungsplan endgültig festgesetzt ist, aus Gründen des öffentlichen Wohles zur Erschließung von Baugelände sowie zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Baugrundstücken die Umlegung von Grundstücken verschiedener Eigentümer bewirkt werden kann. Nach dem Regierungsentwurf sollte das Gesetz nach Anhörung des zuständigen Provinzial- oder Kommunalparlamentes auf Antrag durch königliche Verordnung auf andere Gemeinden ausgedehnt werden können. Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen, aber das Gesetz auf Frankfurt a. M. beschränkt. Dadurch hat die Vorlage an Bedeutung wesentlich verloren, sie ist ein Gesetz von rein lokalem Charakter geworden. Im übrigen war die Kommission bestrebt, die Voraussetzungen für die zwangsweise Umlegung von Grundstücken noch zu erschweren und den Grundbesitzern möglichst weit entgegenzukommen. In der Gestalt, die das Gesetz jetzt angenommen hat, werden die Eigentümer von Grundstücken einen schönen Profit machen, die Wertsteigerung des Geländes wird ihnen zu gute kommen.

Das Plenum trat den Kommissionsbeschlüssen im allgemeinen bei. In einem Punkte ist es den Eigentümern sogar noch mehr entgegengekommen als die Kommission. Es ist kaum anzunehmen, daß das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt einen irgendwie nennenswerten Einfluß auf die Wohnungsnot in Frankfurt a. M. haben wird.

Morgen steht neben kleineren Vorlagen der Bericht der Kommission über den Antrag des Grafen Douglas betreffend die Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenußes auf der Tagesordnung.

* Berlin, 11. Juni. Dem Reichstag ist zur dritten Beratung der Brüsseler Interkonvention ein Antrag Herold-Kantig-Hardorf-Rüller (Fudra) zugegangen, wonach die Umbildung des Vertrags für den 1. September 1908 und die späteren Jahre rechtzeitig zu erfolgen hat, falls der Reichstag nicht vorher einer Verlängerung zugestimmt hat.

Die Kreuzzeitung dementiert die Meldung, daß Graf Kantig seine Interpellation wegen des Schiffahrtsstriks zurückgezogen habe. Gestern Sonnabend teilte der Reichskanzler dem Grafen Kantig mit, daß er wegen anderweitiger Inanspruchnahme die Interpellation noch nicht werde beantworten können.

Die Beratung des Reichstags soll, wie ein parlamentarischer Berichterstatter mitteilt, bis Ende Oktober oder Anfang November erfolgen.

Der Vorwärts stellt sich begriffstugiger als er in Wirklichkeit ist. Er standhaftisiert sich darüber, daß wir von einem „gewissen Bernstein“ gesprochen haben, und denunziert diese gräßliche Respektverletzung gegen den Genossen Bernstein utri us orbi.

Sollte es wirklich notwendig sein, den Vorwärts darüber aufzuklären, in welchem Sinn wir von einem „gewissen Bernstein“ gesprochen haben? Nun, in demselben Sinn, in dem gewisse Leute gerne von einem „gewissen Marx“ oder einem „gewissen Engels“ sprechen, nämlich um den Gegner mit der Nase auf seine eigene Inkonsequenz zu stoßen.

Wir hätten nicht geklaubt, daß wir dem Verständnis unseres Zentralorgans mit einer Aufklärung über solche elementare Gepflogenheiten der Polemik zu Hilfe kommen müßten.

„Unser“ Gasse streift! In der Rechnungskommission des Reichstags legte am Dienstag der Abg. Dr. Gasse den Vorschlag nieder, weil er von seiner Seite die nötige Unterstützung für die Erledigung der schwierigen Aufgaben dieser Kommission gefunden habe; auch sei eine Einladung zu einer Kommissions-Sitzung vom Reichstagsbüro nicht beachtet worden. Die Angelegenheit wird später wohl noch das Plenum beschäftigen. Es kommt dabei auch die Teilnahme von Regierungskommissionären an den Sitzungen der Rechnungskommission in Frage. Zunächst wählte sich die Kommission in dem Abgeordneten Bech (nat.-lib.) einen anderen Vorsitzenden.

Also „unser“ Gasse streift und sein Fraktionsgenosse Bech macht den Streikbrecher. Unter den Nationalliberalen ist so etwas natürlich ganz egal. Interessant wird es übrigens sein, wenn Herr Gasse seinen Kommissionsjammer der Welt erzählen wird.

Es ist alles nicht wahr! Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

In verschiedenen Blättern fanden über die Vorgeschichte der vom Ministerpräsidenten Grafen v. Bülow am 2. Juni im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung allerlei Erzählungen auf, denen der Gedanke gemeinsam ist, daß Graf v. Bülow anfänglich eine entgegenkommende Antwort auf die Interpellation beabsichtigt habe und erst durch den Kaiser zu einer anderen Haltung gebrängt worden sei. Am weitesten geht darin ein rheinisches Blatt, das sogar angebliche Äußerungen des Kaisers mitzuteilen weiß, durch die ein entgegenkommender Beschluß des Staatsministeriums umgestoßen worden sei. Wir müssen dieses Geschichtentragen als Unfug bezeichnen und stellen, um jeder weiteren Mythenbildung vorzubeugen, hiermit fest, daß es für den Reichskanzler und Ministerpräsidenten keinen Augenblick des Schwankens darüber gab, welche Haltung ihm durch die Interpellation auferlegt war und daß er hierbei ebenso auf das Vertrauen der Krone wie auf die einstimmige Unterstützung des Staatsministeriums rechnen konnte.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wird nächstens auch noch „feststellen“, daß Graf Bülow die Politik, die er verantwortet, ganz selbständig und allein macht, und auch dabei sich auf die wunderbar prästabilierte Harmonie zwischen Reichskanzler, Staatsministerium und Krone bezieht. Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Meldungen könnte dadurch nur gewinnen.

Kandidatennot in Bayern. In einer am vergangenen Sonntag in Bayern abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung des Bauernbundes wurde jedes Zusammengehen mit den Nationalliberalen im Wahlkreise Bayern-Berneck-Wunsiedel abgelehnt.

Polizeifürsorge in Ostpreußen. Die Metallarbeiter in Danzig wollten am 1. Juni ein Vergnügen abhalten. Der Vorstand der Zählstelle meldete es bei der Polizei an und erhielt vom Polizeipräsidenten einen Bescheid, der das Vergnügen

unmöglich machte. „Es wird erfindet, daß das Lokal nur für 104 Personen, von denen, falls sich Tische im Lokal befinden, pro Quadratmeter Tischfläche zwei Personen abzurechnen sind, Raum bietet und daß diese Personenzahl nicht überschritten werden darf. Ferner wird hervorgehoben, daß Frauenpersonen in den zur Abhaltung des Vergnügens bestimmten Räumen selbst, weil der Metallarbeiterverband ein politischer Verein ist, nicht anwesend sein dürfen. Ein Tanzergnügen darf demnach nicht stattfinden.“ Unter solchen Umständen verzichtete man auf Abhaltung des Vergnügens. Und trotzdem erschien sogar schon am 31. Mai die Polizei in einer Stärke von 20 Mann vor dem Lokal und patrouillierte die Straße auf und ab. Am 1. Juni, dem „Festtag“, wurde außerdem in einer nebenan gelegenen Weinkelche eine fliegende Polizeiwache eingerichtet mit 15 Mann Besatzung. Abends gegen 6 Uhr, als das Parteilokal mäßig mit Gästen beiderlei Geschlechts besetzt war, erschien ein Polizeikommissar und erklärte der Wirtin, die anwesenden Frauen müßten das Lokal verlassen. Trotzdem die Frau ihn darauf aufmerksam machte, daß das Vergnügen nicht stattfinden, beharrte der Mann des Gesetzes auf seinem sonderbaren Verlangen und ließ endlich das Lokal schließen. Sämtliche Anwesenden mußten sich entfernen, sogar der Wirt nebst seiner Frau, trotz energischen Protestes. Polizeibeamte stellten sich in die Haustür und ließen nur Hausbewohner durch. Nach der Räumung ersuchte ein Genosse, der in dem Hause wohnt, einen anderen Genossen, zu ihm in seine Privatwohnung zu kommen. Der letztere wurde von den Beamten zurückgewiesen, und als er energisch freien Eintritt forderte, verhaftet und in die Arrestzelle gesperrt. Erst nach zwei Stunden wurde er wieder freigelassen und mußte die elektrisierende Entdeckung machen, daß er Wangen und Läufe auf seinen Kleidern habe, die er nur aus der Zelle mitgebracht haben konnte!

In noch hellerem Lichte strahlt die Polizeifürsorge in Maguit. Dort war die Besitzerin des Grundstücks, auf dem die Maguit Genossen ihre Versammlungen abhalten, am 5. Mai gestorben. Eine Beerdigung am 15. Mai wurde daraufhin verboten, die Leiche wäre bis zum 7. Mai im Versammlungsraum aufgebahrt gewesen, der Raum müsse erst desinfiziert werden. Das geschah. Am 25. Mai sollte alsdann eine Versammlung stattfinden, aber die Polizei erklärte, es sei noch nicht genügend desinfiziert, man müsse für die Gesundheit der versammelten Arbeiter fürchten. So wurden die Genossen wiederum nach Hause geschickt. Wie verlautet, hat nun endlich Anfang Juni die Sorge der Polizei Ruhe gefunden.

Beil er den Schirm nicht draußen ließ — 8 Wochen Gefängnis! Das Kriegsgericht der 27. Division in Ulm verurteilte am 6. Juni den Landwehrmann I. Aufgebots W. von Vondorf wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung gegenüber einem Vorgesetzten zu acht Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte bei der Kontrollversammlung seinen Regenschirm mit in das Versammlungslokal gebracht und sich geweigert, denselben außerhalb der Turnhalle abzulegen, weil bei der vorhergehenden Versammlung Schirme abhandeln gekommen seien. Außerdem will er den Schirm mitgenommen haben, um sich, da er bereits einmal an Typhus krank gewesen ist, darauf stützen zu können. W. ist bereits seit neun Jahren zur Reserve entlassen.

H. Ein milder schwerer Fall. Der Feldwebel Schäfer von der 6. Compagnie des 18. bayerischen Infanterieregiments stand dieser Tage vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Landau i. d. Pfalz, um sich wegen der Mißhandlung eines Untergebenen, der er beschuldigt wurde, zu verantworten. Der Feldwebel, der seinem bürgerlichen Berufe nach Bauer ist, hatte vor einiger Zeit einen „Gemeinen“ wegen irgend einer Verschlingung zu vernehmen. Der „Gemeine“ zögerte mit den Antworten, was den Herrn so in Wut versetzte, daß er ihn am Kollorne anfaßte und ihn demnach schüttelte, daß er an die Kommode und den Bücherschrank hinfiel und schließlich auf den Boden fiel. Das genügte aber noch nicht. Um zu zeigen, was er alles kann, nahm er alsdann einen Weisensittel, womit er dem Hingestürzten nachher auf die Weine half, und um ihm den kleinen Finger an die Gosenmaß zu dringen, schlug er ihm mit dem Weisensittel auf die Hände. Das Gericht sah diese Mißhandlungen als „einen milder schweren Fall“ an und gab dem Herrn Feldwebel die geringste zulässige Strafe in der Höhe von 8 Tagen gefindem Arrest.

Paradeforgen in — Bayern. Der Helm der bayerischen Gendarmen wird in Zukunft bei den Paraden mit einem weißen Koghaarbüschel geschmückt. Zu diesem Behufe bekommt die Wäde einen abschraubbaren Knopf, der durch den Busch ersetzt werden kann. — Ob die Gendarmen über diese lockere Schraube am Kopf sehr erfreut sein werden?

Ein Zeichen der Zeit. In der Oceanstraße in München löste sich am 7. Juni früh 4 Uhr in seiner Wohnung ein 51 Jahre alter verwitweter Schlossergehilfe durch einen Schuß in die rechte Kopfseite. Als Motiv des Selbstmordes wird Mollage angegeben. So der bittre Polizeibericht über diesen Fall.

Die Münchener Post erzählt in ihrer letzten Nummer einige Einzelheiten zu diesem Vorgang, die Mitteilung verdienen, nicht weil es einer Ausnahmefall betrifft, sondern als typisches Beispiel für die jetzt immer häufiger gemeldeten Proletariatselbstmorde. Der oben genannte Schlossergehilfe heißt Rißmann und war 19 Jahre in der Rasseischen Fabrik thätig. Im Februar d. J. wurde der vereinbarte Accord einer Partie seitens der Werkleitung willkürlich herabgesetzt. Rißmann als Partieführer und noch ein anderer Arbeiter schlugen sich nicht, sondern bestanden, wie dies unter ausständigen Umständen als selbstverständlich angesehen wird, auf Einhaltung der Vereinbarung. Die anderen unterwarfen sich dem Willen ihres Herrn. Den beiden „Aufständigen“ aber erklärte der Reserveleutnant und Direktor Steinlein: sie könnten ihren vereinbarten Lohn erhalten, würden dann aber entlassen werden! Rißmann glaubte, daß man ihn nach 19-jähriger Thätigkeit nicht aus Pfaster werfen würde, aber er wurde entlassen, weil er sein Recht nicht willkürlich beugen ließ und blieb seitdem — ein Vierteljahr — arbeitslos. Rißmann zog den schnellen Tod durch den Revolver dem letzten Stadium des langsamen Hungertodes vor.

ws. Arefeld, 8. Juni. (Ein frommer Gauner.) Die Clever Strafammer verhandelte dieser Tage gegen den Direktor Thöden der Kemperer Gewerbetreibend wegen Nichtanmeldung des Konkurses, Verschleierung der Bilanz, Betrug und Untreue. Im Jahre 1882 hatte Thöden in Kempen o. Rh. die Gründung einer Gewerbetreibend betrieben, zu deren Direktor er dann auch bestimmt wurde. Schon im Jahre 1888 war die Unterbilanz so groß, daß unbedingt Konkurs hätte angemeldet werden müssen; aber Thöden wirtschafte lustig weiter, bis im August 1901 die Katastrophe hereinbrach. Der Direktor war ein sehr frommer Mann, welcher alle möglichen kirchlichen Aemter bekleidete und

außerdem solches Vertrauen genoß, daß er auch in der kommunalen Verwaltung mit Ehrenämtern bedacht wurde. Die Frömmigkeit trug er so zur Schau, daß der Ausschlußrat sich nicht bewegen sollte, in 16 Jahren einmal zu kontrollieren. (H) Derselbe meinte seine Pflicht erfüllt zu haben, wenn er jedes Jahr einmal zusammenkam, die von Thöden aufgestellte Bilanz unbesehen gutließ, sich mit der Verteilung von 6 Proz. Dividende einverstanden erklärte und dem Direktor 20 Prozent Zantiemen bewilligte. Die Gläubiger werden höchstens 6—8 Proz. ihres Guthabens erhalten, eine ganze Anzahl kleiner Leute, sowie Knechte und Mägde sind um ihr erspartes Geld gekommen. Der Staatsanwalt beantragte 4 Jahre Gefängnis, 3000 Mk. Geldbuße. Der Angeklagte habe die Ehrenämter nur angenommen, um zu betriegen, aus dem nämlichen Grunde hätte er Frömmigkeit gehuchelt und wäre täglich zur Kirche gerannt. Seine niederträchtige Handlungsweise sei ihm durch die Gewissenlosigkeit des Ausschlußrates, der nie kontrolliert habe, ermöglicht worden. Das Gericht war gnädiger, es verurteilte den Direktor zu 2 Jahren Gefängnis und 600 Mk. Geldbuße unter Anrechnung der Untersuchungsfrist.

kw. Aus Hessen, 10. Juni. Heute wurde die Debatte über den Main-Neckarbahn-Vertrag nochmals aufgenommen. Schließlich wird der Antrag auf Verlegung der Beschlußfassung, um erneute Verhandlungen wegen Revision des preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaftsvertrags herbeizuführen, mit 29 gegen 20 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 31 gegen 17 Stimmen angenommen. Das Anrollen der Rabinetsfrage durch den Finanzminister scheint manchen Wankelmütigen der Regierungsvorlage geneigter gemacht zu haben. Die Nationalliberalen stimmten geschlossen für den Vertrag, während die Minorität aus 6 Sozialdemokraten, 6 Centrumsleuten und 5 Antifemiten bestand.

Kleine politische Nachrichten. Das höchste Gericht in Newyork bestätigte die Verurteilung Johann Meiss zu 1 Jahr Gefängnis.

Luxemburg.

Kammerwahlen.

o. Die Wahl zur Erneuerung der Hälfte der luxemburgischen Kammer findet morgen statt. Es nehmen 6 Kantone mit 27 Abgeordneten an der Wahl teil. Seit der Schließung der letzten parlamentarischen Session ist die Wahlagitation im vollen Gange. Zwei Kantone haben besonders die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Esch und Luxemburg. Der erstgenannte Kanton hat 9 Abgeordnete, während Luxemburg deren 6 hat. Der industrielle Kanton Esch, welcher die ganze Minenindustrie und den größten Teil der Metallindustrie repräsentiert, ist besonders stark durch die sozialistische Gruppe bearbeitet worden. Ueberall fanden gutbesuchte Meetings statt. Man kann annehmen, daß, wenn auch die sozialistischen Begehren es noch nicht vermögen, die Geister des ganzen Landes zu erhitzen, der Sozialismus doch einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen haben wird.

Oesterreich-Ungarn.

Die Grubenkatastrophe und die Marienburger Rede.

Im Wiener Abgeordnetenhaus befanden sich am 10. Juni im Einlauf 19 Dringlichkeitsanträge von alldeutscher Seite und 2 betreffend die Katastrophe in den Erbwachgruben zu Voryslaw. Das Haus lebte nach kurzer Debatte die Dringlichkeit des alldeutschen Antrages auf Einführung des Befähigungsnachweises im Handelsgewerbe ab und verhandelte sodann über die Anträge betreffend die Grubenkatastrophe in Voryslaw. Die Antragsteller Vreijer und Dazjinsky begründeten die Dringlichkeit unter heftigen Angriffen auf die Bergwerks- und Betriebsorgane der Voryslawer Grubengesellschaft. Der Ackerbauminister v. Giovanelli gab eine eingehende Darstellung der Katastrophe, welche wahrscheinlich auf die Entzündung von angesammelten Erubengasen zurückzuführen sei, wobei der Betriebsleiter und 16 Arbeiter getötet, 3 Arbeiter schwer verletzt wurden. Der Minister erklärte, daß die strafgerichtlichen und bergbehördlichen Erhebungen auf das genaueste geführt und die eventuellen Schuldigen streng bestraft würden. Die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Katastrophe halte er angesichts der eingeleiteten Erhebungen für überflüssig, er sei dagegen bereit, dem Wunsche nach Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Betriebsverhältnisse in den galizischen Erbwachgruben zu entsprechen. Die Dringlichkeit beider Anträge wurde abgelehnt.

Alsdann erhielt Abg. Klossac zu einer Anfrage das Wort und kommt auf die Marienburger Rede des deutschen Kaisers zu sprechen. Der Redner citiert den Passus, welcher sich gegen die Polen wendet und behauptete, daß derselbe sich gegen das Slaventum überhaupt wende. Ein österreichischer Offizier habe dieser Rede beigewohnt ohne zu protestieren; da muß man Aufklärung verlangen, was die Regierung zu thun gedenke, um solche Angriffe gegen das Slaventum zurückzuweisen. Als der Redner wegen wiederholter heftiger Ausfälle gegen den deutschen Kaiser vom Präsidenten zweimal zur Ordnung gerufen wurde, entstand bei den tschechischen Radikalen heftiger Lärm. Abgeordneter Frelz rief heftig auf den Pulstedel schlagend, wiederholt in den Saal: „Pau! Feige slavische Regierung!“ Abgeordneter Klossac schloß seine Rede mit dem Ausruf: „Pau! Hohenzollern!“

Das war nun für die Alldeutschen gesundes Breffen. Sie begannen mit den Tschechen ein großes Schimpf- und Schreiduell, wobei die Sitzung geschlossen wurde.

Großbritannien.

Kornzolldebatte. — Nur 30 Millionen. — Ein „Pro-Boer.“

Am 10. Juni beschäftigte die Kornzolldebatte wiederum das Londoner Unterhaus. Campbell-Bannerman wandte sich in scharfer Weise gegen den Kornzoll und seine gefährlichen Konsequenzen. Es bestehe keine Analogie zwischen dem deutschen Zollverein und einer Einrichtung, welche einige Träumer als auf das britische Reich anwendbar vorschlugen. Er wünsche sehr, jede Ursache zur Reibung zwischen England und seinen Kolonien zu beseitigen, aber ein System von Vorzugszöllen würde stärkeren Anlaß zur Reibung geben, als irgend eine Maßnahme, die sonst ergriffen werden könnte. Wohl habe der Schatzkanzler erklärt, daß die Regierung gegenwärtig keine Aenderung in den fiskalischen Beziehungen zu den Kolonien anzugehen beabsichtige, aber wie lange werde dieser Zustand aufrechterhalten bleiben? Darauf griff Harcourt das bedenkliche System der Schutzzölle oder Vorzugszölle an. Wenn das Beispiel Deutschlands zur Unterstützung der Schutzpolitik angezogen werde, so sei dies ein schlechtes Beweismittel; denn die Lage Deutschlands sei weit weniger blühend als die

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Siehe zwei Beilagen.

Schusters Warenhaus

Eisenbahnstrasse 39/43 * Leipzig-Neustadt * Eisenbahnstrasse 39/43.

Extra-Verkauf.

Donnerstag. Freitag. Sonnabend.

Glas.		Porzellan u. Steingut.		Diverse Artikel.	
Wassergläser	5, 8, 20 Pfg.	Teller, weiss	4, 6, 8 Pfg.	Gemüsemesser	6, 9, 15 Pfg.
Likörgläser	6, 8 bis 30 "	Teller, blau Zwiebelmuster	7, 8, 10 "	Löffel	5, 8 bis 28 "
Weingläser	9, 12 bis 42 "	Satz Schüsseln, weiss, 6 teilig	68 "	Messer u. Gabel, Paar	28 bis 100 "
Compotieren	8, 15 bis 33 "	Satz Schüsseln, blau Zwiebelm.	115 "	Kaffeemühlen	78, 98, 125 "
Sturzflaschen m. Glas	11 bis 55 "	Gemüsetonnen, blau Zwiebelmuster	28 "	Spirituskocher	30, 48, 98 "
Butterdosen	19 bis 65 "	Gewürztonnen	13 "	Kleiderbügel	4 "
Goldrandbecher	8 bis 18 "	Waschservice, bunt	98 Pfg. bis 13.50 Mk.	Wäscheklammern Schock	11 "
Fischgläser	18 bis 55 "	Kaffeeservice	1.98, 2.50, 8.00 Mk.	Wäscheleinen	28, 48 Pfg. bis 2.85

Ein Waggon Emaillewaren nur prima Qualität gelangt während des Extra-Verkaufes zu staunend billigen Preisen zum Verkauf.

Kakao, prima 1/4 Pfund 34 bis 45 Pfg.	Prima Glanzwiche Schachtel 4 Pfg.	Prima Sparkernseife Kiegel 36 Pfg.
Kaffee, Ia. Qualität Pfund 90 Pfg. bis 1.20 Mk.	Prima Veilchenseifenpulver Paket 6 Pfg.	Prima Salonkerzen 7 und 9 Pfg.

Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21

Hält sich der Bürgerschaft Leipzigs sowie der Arbeiterschaft in Stadt und Land bei Bedarf bestens empfohlen.

Abteilung Buchdruckerei. **Abteilung Buchhandlung.**

Anfertigung von **Druckarbeiten aller Art** zu etlichen Preisen:
Formulare, Karten, Programme, Statuten, Plakate, Circulare, Prospekte etc.

Beforgung von Litteratur-Erzeugnissen des In- und Auslandes.
Specialität: **Arbeiter-Litteratur** komplett und in Lieferungen.

Sämtliche durch uns bezogene Schriften tragen unsern Geschäftsstempel und wollen unsere verehrten Freunde und Genossen darauf sehen, daß die Schriften durch uns bezogen werden.

NB. Ganz besonders machen wir das lesende Publikum darauf aufmerksam, daß die Austräger und Austrägerinnen der Leipziger Volkszeitung angewiesen sind, Bestellungen auf die beiden abwechselnd allwöchentlich erscheinenden sozialdemokratischen Wochenschriften **Der wahre Jakob** und **Süddeutscher Postillon** entgegen zu nehmen. Preis pro Nummer 10 Pfg.

Pracht. Ober-, Unter- u. Rissen, sowie Bettst. m. Matr., zul. f. 27. A., sofort zu verkaufen Eldonienstr. 35, pt. I.
2 schräge Bettstelle mit Strohsack billig zu verkaufen. Webergasse 7, Vorderh. I.

Großer kleiner Blumenisch billig zu verkaufen. Reudnitz, Elbstr. 2, IV. r.

Echt Journ. Tafel-Klavier sofort billig zu verk. Wohlh. Straßburger Str. 12, IV. r.

Handlicher Würfel (Dübel) billig zu verkaufen. Peterssteinweg 28, III. l.

Gebr. Kinderwagen billig zu verkaufen. Selterhausen, Bernhardtstr. 51, III. l.

Unterhalt. Kinderwagen für 10 Mk. zu verk. Kleingöschel, Klarstr. 17, I. r.

Ein best. Kinderwagen mit Gummir. bill. zu verk. Plagwitz, Weihenfelder Str. 15, IV. l.

Gebräucher unterhalt. Kinderwagen bill. zu verk. Leipzig, Sebastian Bad-Str. 30, IV. r.

Kinderwagen! Volksw. Wilhelmstr. 83, III. r.

Sportwagen b. v. v. A., Siemensstr. 36, pt. r.

Ein Sportwagen zu verkaufen. Eisenbahnstr. 92, IV. S. S.

Sportwagen billig zu verkaufen. Plagwitz, Weihenfelder Str. 8, IV. W.

1 Halbbrenner, 74%, Ueberf., dreimal gef., f. 120. A., m. War.; e. bedgl. gut erh. f. 100. A., 87, Ueberf. K. Gendel, U. Uhlaustr. 11, I. l.

Unterhalt. Pn. Rover für 25 Mk. zu verk. Lindenau, Gumborfer Str. 30, III.

2 Jahrgänge Das deutsche Heim. mit schön. Romanen, 2. vert. Gerlachweg 14, III. l.

Wunder mit jungen Hühnern zu verk. Stützerh. Müllauer Str. 11 bei Witte.

Gebr. gr. Kellertisch u. Waschtisch zu kaufen gef. Adr. a. S. Vorleis, Marktballenstr., erb.

Sofa zu kaufen gesucht. Adressen an Frn. Jwilder, Liebertwolkwitz, Bahnhofstr.

Unterhalt. Kinderbettstelle zu kaufen gef. Adr. an Otto, Täubchenweg 15, S.

Wellenförmige zu kaufen gef. Off. m. Preis an Bolgi, Bayerische Str. 76, pt.

Einkauf v. Papierabfällen, Habern, Knochen, altem Eisen und Metallen.
H. Röder, Gerberstr. 9. Telefon 7887.

Werkmeister

mit reichen Erfahrungen und gebiegenen Kenntnissen in dieser Branche. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten unt. F. 79 an die Expedition der Leipziger Volkszeitung. 15549

Eine süddeutsche Schnellpressenfabrik sucht einen tüchtigen, energischen

Südstraße 61, IV. Wohnung p. 1./7. frei, 4 Zimmer, 1 Küche und Zubehör, jährl. 420 Mk., durch Reumann, pt.

Kleines Logis für Michaelis zu verm. Stützerh. Mittelstr. 50.

Logis: Stube, Kammer, K. m. Zubehör zu verm. Auersr. Leusch, Hauptstr. 94, II. W.

Wohnung, 1 Stube, K. u. K. zum 1. Juli zu verm. Lindenau, Marienstr. 1.

Logis v. 220 Mk. sof. od. p. 1. Juli zu verm. Kleingöschel, Knauthainer Str.

Möbl. Stube per Woche 3 Mk. zu verm. Leusch, Lindenauer Str. 8, I. l.

Freundl. möbl. Stube als Schlafst. zu verm. Plagwitz, Mühlener Str. 18, II. l.

Freundl. Zimmer an zwei Herren zu verm. Weihenfelder Str. 5, S. III. l.

Leere 2 fenstr. Stube sofort zu verm. Lindenau, Löhner Str. 16.

Frei. Schlafst., St. u. K., Woche 2.50, für Herren zu verm. Pl. Mühlener Str. 17, II.

Leere Stube gesucht. Adr. abzugeben Restaurant Feinb., Gerberstr. 20.

Familienanzeigen.

Unserem Stamm- und Statbruder Herrn Hermann Tipolt ein 99mal bonn. Hoch zum morgenden Tage. Skatklub Freundschaft, Bahren.

Tante Klara soll leben u. Otto banedem, 's ist bloß wegen dem Kaffeekaff.

Frau Marie Schiller zum Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer treuversorgenden Gatten und Vaters, des **Otto Leikeb** welcher in seinem Verufe tödlich verunglückte, sagen allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, sowie denen, welche die erste Hilfe brachten, unseren herzlichsten Dank. Frau verw. Leikeb mit ihren sechs unmißlich. Kindern.

Wohnungsanzeigen.

Versetzungshalber sof. zu verm. 1 schön. geräumiges Logis mit Balkon zum niedrigen Preis von 870 Mark. Näheres beim Hausmann Schwebel, Schleußig, Köhnerstraße 85, IV. 15546

Vermischte Anzeigen.

Auspflücken von Sofa 6 Mk., Matratzen 3 Mk. an Os. Müller, Bahr. Hallestr. 68.

Auspflücken Matratze 3 A., Sofa 6 A. Lindenau, Jolestr. 7.

Unterricht erteilt zu jeder Tageszeit, auch Sonntags **Lanz Herm. Paps, Braustr. 25.**

Ein selbständ. Schuhmacher außer d. Hause auf Reparatur. gef. Volksw. Kirchstr. 62/64. J. Mann, militärfr., g. 3, f. St. als Marktfr. o. gl. w. A. Off. u. B. B. Raundrücken 14, III. l.

Nachruf.

Am 7. Juni wurde unser Kollege und Mitarbeiter, der **Schlosser Hugo Richter** im 24. Lebensjahre schnell und unerwartet durch Herzschlag aus unserer Mitte gerissen.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren und rufen ihm ein Ruhe sanft nach.

Das Personal der Leipziger Schnellpressenfabrik vorm. Schmiere, Werner & Stein.

1.50 Mk. Reparieren und Reinigen einer Taschenuhr. Eine neue Uhrfeder 70 Pfg. Getragene Uhren von 3 Mk. an. Volle Garantie. Uhrmacher Kogler, Dresdener Str. 37

Käufe und Verkäufe.

Billards neue u. gebrauchte Bill., Queues, Luze u. Feder **A. Immisch, Gumboldtstr. 7.**

10 St. gebr. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneider- u. Schußm. Nähst. billig zu verk. Mühlengasse 20, S. I. l.

Band- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Nur Damenkl. in gr. Ausw., fast neu, Blau-, Röcke verk. bill. Fr. Borch, Barfußg. 7, II.

Fahrräder und Nähmaschinen unter Garantie u. wen. gebr. unter Garantie Leipzig, Tauchaer Str. 28, neb. Daitenberg 3848) **Ant. Tätzner, Mechaniker.**

Vogelfutter

Märek, Samenhandl., Lind., Markt 5.

Nur Damenkleider in großer Auswahl billigst zu verk. Plagwitz, Mühlener Str. 31.

Sofa, Tisch, Stühle zu verkaufen. Volksw. waldorf, Lorgauer Str. 11, pt. I.

Gebr. Kleiderchr. Kommode, Wascht., Sofa, Bettst. m. Matr. Tisch bill. Elisenstr. 59, pt. Bettstelle mit Segras-Matratze f. 5 Mk. zu verkaufen. Dufourstr. 27, II. r.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Englands, und Deutschland würde in diesem Augenblick äußerst froh sein, wenn es Englands Wohlfahrt hätte. Der Finanzsekretär des Schatzamts Austin Chamberlain ging davon aus, daß die Opposition von der Regierung eine Erklärung wünsche, daß sie zu keiner Zeit und unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu einem Vorzugs-Abkommen mit den Kolonien geben werde. Aber das sei ein sonderbares Verfahren, wenn die Regierung, ehe sie die Argumente der Vertreter der Kolonien höre, sich feierlich verpflichten würde, auf seine Argumente zu hören und sich von keinem Vorschlag beeinflussen zu lassen, welchen diese Delegierten ihr geben könnten. Ein solches Verhalten würde gegenüber Fremden nicht höflich und gegenüber Stammverwandten nicht ziemlich sein. Hicks Beach erklärte sodann, Campbell Bannerman habe trotz der gestrigen Ausführungen des Schatzkanzlers den Zoll als Vorkäufer einer Vorzugsstellung für die Kolonien behandelt. Für diese Anschauung bestehe kein Grund. Seine gestrige Erklärung habe er wohl im Namen des Kolonialministers als Mitglied des Kabinetts, als auch für sich selbst abgegeben. Schließlich nahm das Haus Artikel 1 der Finanzbill — Getreidezoll — mit 279 gegen 193 Stimmen an.

Die Blätter veröffentlichen ein amtliches Communiqué, wonach die Armee in Afrika während der Jahre 1902 und 1903 noch 80 Millionen Pfund kosten werde. Davon entfallen 7 1/2 Millionen auf den Rücktransport der Truppen und 9 Millionen auf Befolgung.

Robert Lynch kam in Calais an, um nach England überzugehen und seinen Sitz im Unterhause einzunehmen. Er wurde bekanntlich vom irischen Wahlkreis Galway gewählt, aber mit sofortiger Verhaftung bedroht, weil er unter den Vuren gegen England gedient hat.

Nordamerika.

Marinismus.

Washington, 10. Juni. Der Senat nahm die Marine-Appropriationsbill mit der Abänderung an, daß 2 Schlachtschiffe erster Klasse, 2 Panzerkreuzer erster Klasse und 2 Kanonenboote gebaut werden sollen.

Aus der Partei.

Im Vorwärts lesen wir: Das Schiedsgericht in Sachen Verthold-Mehring, bestehend aus den Genossen Gerich als Vorsitzenden, Rosa Luxemburg, Krons, Baake und Stadthagen, ist auf Grund seiner Verhandlungen zu folgendem Ergebnis gelangt:

Nachdem festgestellt worden ist, daß Genosse Dr. Verthold eine gegnerische Zeitschrift, die Zukunft, mehrere Monate hindurch verantwortlich geleitet, und damit trotz des einschränkenden Befehles „in Vertretung“ ihren Inhalt, wie es nach außen hin aufgefaßt werden mußte, mit seinem Namen deckte,

daß ferner während dieser seiner Tätigkeit Artikel in der Zukunft erschienen sind, die von Gegnern geschrieben, schärfste Angriffe gegen die Partei, sowie gegen einzelne Parteigenossen als solche enthielten,

daß endlich Genosse Verthold ein Enabengesuch an den Kaiser zu Gunsten eines Freundes, obenrein mit einer eines Demokraten unwürdigen Begründung unterzeichnet hat,

erklärt das Schiedsgericht, daß Genosse Dr. Verthold sich einer Reihe grober Verfüße gegen die Pflichten eines Parteigenossen schuldig gemacht hat, die auf das entscheidendste zu verurteilen sind.

Gleichzeitig spricht das Schiedsgericht seine Mißbilligung darüber aus, daß Genosse Dr. Mehring, in der letzten Annahme, Genosse Verthold wolle sich einem Parteigericht entziehen, und in der weiteren irrigen Annahme, alle zuständigen Parteinstanzen seien erschöpft, das Verhalten des Genossen Dr. Verthold in einer so verlegenden Form öffentlich gerügt hat.

Berlin, den 8. Juni 1902.

A. Gerich, Rosa Luxemburg, Dr. Leo Krons, Kurt Baake, Arthur Stadthagen.

Hierzu bemerkt unser Eberfelder Parteiorgan: „Dieses Urteil wird vielen Genossen unbegreiflich erscheinen, weil sie es kaum fassen werden, daß dieser Dr. Verthold Parteigenosse sein soll, und Dr. Mehring dafür rüffelt, weil er nichts von dieser Parteigenossenschaft wissen will. Wir haben die Mehring'sche Erklärung seiner Zeit gelesen; gewiß, sie war gefalzen, aber nach Lage der Verhältnisse war sie mindestens zu begreifen. Aber freilich, wenn der verantwortliche Redakteur der Wismarck-Verhimmelungszeitschrift und Enabengesuchsteller ein treuer Parteigenosse ist, dann dürfte Mehring

nicht in dieser „verlegenden“ Form schreiben. Insofern ist das Urteil konsequent. Ob das Urteil wohl auch so ausgefallen wäre, wenn statt der vier Akademiker vier Arbeiter das Schiedsgericht gebildet hätten?“ Soweit die Freie Presse.

Wir selbst müssen uns wegen der nahen Beziehungen des Genossen Mehring zu unserem Blatte jeder Kritik des schiedsgerichtlichen Urteils enthalten. Jedoch sind wir gezwungen, eine Thatsache festzustellen und eine andere Thatsache zu berichtigen. Nach diesem schiedsgerichtlichen Urteil vertritt es sich mit der Zugehörigkeit zur Partei, gegnerische Blätter zu redigieren, darin schärfste Angriffe gegen die eigene Partei zu richten und umgekehrt Enabengesuche an den Kaiser zu unterschreiben; die Thatsache, daß sich diese neue Auffassung im 40. Lebensjahre der Partei endlich durchgerungen hat, verdient immerhin notiert zu werden.

Berichtigend aber müssen wir die Annahme des Eberfelder Parteiorgans, als hätte Genosse Mehring sich gewissermaßen im Namen der Partei ein Genoramt angemacht. Dies ist ein Irrtum, der allerdings dadurch sehr erklärlich wird, daß durch die Schuld der Gegenseite — Mehring selbst hat trotz seiner Ueberlastung mit Parteiarbeiten das Verfahren auch nicht um einen Tag verzögert — die Sache über ein Jahr verschleppt worden ist, so daß die Einzelheiten des Falles dem Gedächtnis Dritter entschwunden sein müssen. Thatsächlich befand sich unter den verleumderten Kritikern, die der Dr. Verthold in der Zukunft gegen die Partei als solche, sowie gegen einzelne Parteiorgane und einzelne Parteimitglieder als solche, veröffentlicht hat, auch einer, der den Genossen Mehring wegen seiner Parteigeschichte in ehrenrühriger Weise beschimpfte. Das Genosse Mehring, als er eine fünfjährige, gewiß sehr unvollkommen geratene, aber ehrlich im Dienste der Partei gethane Arbeit von einem Parteimitgliede in einem gegnerischen Blatte ganz beispiellos befudelt sah, nunmehr auch zu einer „gefälzenen“ Erklärung schritt, war, wie die Freie Presse wohl nicht mit Unrecht meint, „nach Lage der Verhältnisse mindestens zu begreifen“. Trägt doch selbst das bürgerliche Strafgericht dieser Gebrechlichkeit der menschlichen Natur einige Rechnung, so daß Genosse Mehring von einem bürgerlichen Gerichte den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) und § 199 (Straflosigkeit gegenseitiger Beleidigungen) des Strafgesetzbuches genossen hätte.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Konservative und Antisemiten liegen sich in den Haaren. Die Deutsche Wacht, das Blatt der Zimmermänner, hängt den „Witau'schen“ der Konservativen (wie die Wacht sagt!) tiefer und weist die Behauptung des Vaterlands, daß wie bei freilicheren, so auch bei den nächsten Wahlen insolge des Aufstieges der Reformen verschiedene Wahlkreise „für die Sache der Ordnung“ verloren gehen würden, mit der ganzen, den Antisemiten zur Verfügung stehenden Entrüstung zurück. Sie vollert:

Diese erneute Schmähung können wir nicht gut mehr für die Privatleistung eines wäckerigen Mitarbeiters ansehen. Es scheint, daß die Konservativen schon jetzt nach einem Sündenbock für etwaige spätere Wahlburchfälle suchen und uns Reformen dazu anerkennen haben. Wir danken bestens für die zugebante Rolle. Durch die niederträchtigste Verhöhnung von sogenannt konservativer Seite sind die Dresdener Wahlkreise 1898 den Sozialdemokraten in die Hände gespielt worden, bei der Nachwahl in Döbeln haben erst jüngst die alten Ordnungsparteien ihre ausreichende Fähigkeit erwiesen, der Sozialdemokratie die Wähler zuzutreiben! Es ist eine wider besseres Wissen vorgebrachte Unwahrheit, daß die Antisemiten im 4., 5. und 20. Wahlkreise die konservativen Kandidaten 1898 bei der engeren Wahl „im Stich gelassen“ hätten. Die Konservativen und ihre Kampfweise trugen alle in die Schuld daran, wenn ihre Kandidaten durchfielen. Wir Reformen werden uns nicht der Pflicht entziehen, mit unserer Agitation bei der nächsten Wahl dort einzusetzen, wo nach übereinstimmendem Urteil aus verschiedenen Wählerklassen andernfalls die Sozialdemokratie den Kreis zu erobern droht. Unser bisheriges Bemühen, eine Verständigung unter Nationalgesinnten durch Prebipolemiken nicht zu erschweren, werden wir allerdings als aussichtslos aufgeben, wenn es den konservativen Nachbarn nicht gefällt. Nach dem Bericht des Vaterlands scheint es ja in der Generalversammlung keine Männer gegeben zu haben, die die konservativere Partei vor den gefährlichen Folgen ihres zum mindesten unschönen Vorgehens gewarnt hätten!

Die feindlichen Brüder liegen sich heute in den Haaren und morgen, wenn es zur Wahl geht, in den Armen. Es ist ein Gaubium für die Arbeiter, was die Ordnungssippe da aufführt.

Reichstagskandidaturen. Wie die Chemnitzer Volksstimme erfahren haben will, stellen die Konservativen im 11. Reichstagswahlkreise (Schlag-Burgen) für den jetzigen Vertreter Hauffe-Dahlen den Ortsbesitzer Naumann auf Sitten bei Müßigkeit auf. Herr Naumann kandidierte 1898 im 10. Kreise für die Konservativen und Blindler, aber ohne Erfolg. Der sozialdemokratische Kandidat ist bekanntlich Genosse Lipinski-Leipzig.

Eine Parteiverammlung in Dresden-Albstadt stellte den jetzigen Vertreter dieses Wahlkreises, Genossen Redakteur Dr. Gradnauer, wieder auf.

x. Bahnbedienstete dürfen keine Mitglieder von Konsumvereinen sein! In Klingenberg hatte der Konsumverein für den Blauen Grund ein Zweiggeschäft errichtet und von den zahlreich dort wohnenden Bahnarbeitern traten auch eine Anzahl ein, denn bei ihren keineswegs glänzenden Löhnen haben sie ja alle Veranlassung, billig einzukaufen. Die Betriebsdirektion Dresden-Albstadt erhielt von diesem skandalischen Ereignis Wind und verbot ihren Arbeitern die Mitgliedschaft in dem nach ihrer Meinung offenbar staatsgefährlichen Konsumverein. Der Vorstand, der sich natürlich eine solche geschäftliche Schädigung nicht gefallen lassen wollte, wandte sich schwerverfügend an die Generaldirektion und sandte zur Orientierung ein Statut und einen Rechenschaftsbericht mit, damit sich die Generaldirektion daraus über den Zweck der Konsumvereine unterrichten könne. Trotzdem entschied Herr von Mehlich in einem Schreiben, nicht in der Lage zu sein, das Verbot der Betriebsdirektion aufzuheben. Der Vorstand des Konsumvereins wandte sich nun an das Finanzministerium. Über das Finanzministerium antwortete, „daß nach dem Ergebnis der angestellten Erörterungen für das Ministerium kein Anlaß vorliege, die Zurücknahme des von der Eisenbahnverwaltung an ihre Bediensteten erlassenen Verbots der Beteiligung an dem Zweig-Konsumverein in Klingenberg zu verfügen“. Demnach müßte also die Ergebnisse der angestellten Erörterungen eigenhändige gewesen sein. Vielleicht hat konstatiert werden können, daß ein Lagerhalter oder ein Markthelfer z. B. Sozialdemokrat ist und man befürchtet die Inflationierung der Bahnarbeiter, die von Amts wegen die Pflicht haben, sich von ihren Vorgesetzten fogar vor-schreiben zu lassen, wo sie kaufen sollen.

Dresden, 10. Juni. Der Redakteur des Wochens der Eisenbahner Deutschlands, S. Jochabe in Hamburg, wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen und der Bahnhofsinpektor Thomas in Dresden-Friedrichsstadt stützten sich durch einige Artikel vom vorigen Jahre beleidigt, die sehr energisch auf vorhandene Mißstände im dortigen Eisenbahnbetriebe aufmerksam machten. Natürlich war dieses den vorgefetzten Behörden sehr unangenehm und, anstatt die gerügten Mißstände zu beseitigen, stellte man Strafanklag gegen den Redakteur. Die Verhandlung muß aber doch wohl die Möglichkeit der angeführten Thatsachen ergeben haben, denn das Gericht erkannte uns auf Bestrafung wegen formeller Beleidigung.

Zittau, 10. Juni. Alle hier wohnenden tschechischen Arbeiter, die vor einigen Monaten unter dem Verdachte anarchistischer Antriebe verhaftet, aber bald wieder freigelassen wurden, sind aus dem Gebiete des deutschen Reiches als lästige Ausländer ausgewiesen worden. Die Ausgewiesenen sollen mit den Grotzauer Arbeitern, die sich vor dem Reichsberger Schwurgerichte wegen Geheimbündelerei zu verantworten hatten, in Verbindung gestanden haben. Die Verhandlung gegen diese Arbeiter hat mit dem Freisprüche sämtlicher Angeklagter geendet.

Ebersbach, 10. Juni. Eine Einladung zu dem am 27. und 28. d. Mts. in Pirna stattfindenden sächsischen Gemeindetage lag, wie die Zittauer Morgenzeitung berichtet, dem hiesigen Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor. Es wird ersucht, zur Deckung der Kosten einen Beitrag von 1 Mk. für je 1000 Einwohner zu bewilligen. Stadlv. Behnert empfahl, dem Gemeindetage nicht zu beschicken, weil diese Körperschaft sich um wichtige Volksrechte, wie z. B. das sächsische Land-

Kleine Chronik.

Leipzig, 11. Juni.

Theaternachrichten. Am Donnerstag geht im Neuen Theater die Operette Wiener Blut in Scene.

Am Freitag spielt Herr Anton Franz in Räbers Possen: Robert und Bertram den Vertrauen als Gast.

Das Alte Theater bleibt diese Woche geschlossen.

Heinrich Stürmer gestorben. Am Montag ist ein stadtbekannter Veteran unserer Bühnen, der „alte Stürmer“, hochbetagt aus dem Leben geschieden. Er hat vom 24. Oktober 1888 bis 31. Juli 1884 der Leipziger Bühne angehört, erst als Sänger, später als Schauspieler, immer aber als eine feste und zuverlässige Säule des Ensemble; sein Theaterblut ließ ihn den ruhigen Genuß der wohlverdienten Pension verschmähen, so lange seine Kräfte ihm noch das Aufstreiten und Mitwirken, die ihm ein Bedürfnis geworden waren, gestatteten. Die Welttheater, deren er sich jederzeit erfreute und die bei seinem letzten Auftreten zu Ovationen von ungewöhnlicher Wärme führten, ist ihm ins Privatleben gefolgt und das Interesse für alles, was mit dem Theater zusammenhängt, hat ihn bis zuletzt geistig frisch erhalten. Er war Ehrenmitglied unserer Bühne und jedenfalls der älteste lebende Schauspieler. Geboren war er am 24. April 1811 zu Berlin, hat also das 91. Lebensjahr überschritten.

Zur Angelegenheit Geyger-Klinger wird neuerdings wieder gemeldet, der Prozeß gehe seinen Gang weiter, es sei also nicht richtig, daß Professor Klinger endgültig darauf verzichtet habe, die Streitfrage durch die Gerichte zum Austrag zu bringen.

Johann Gottfried Walde, der Senior der deutschen Astronomen, dessen Name unvergänglich mit der Entdeckung des Planeten Neptun verknüpft ist, feiert in diesen Tagen seinen 90. Geburtstag.

Paul Heyse, der gestern sein 50jähriges Doktorjubiläum feierte, sind aus diesem Anlaß von allen Seiten zahlreiche Glückwünsche zugegangen; die Berliner Universität, an der Paul Heyse am 10. Juni 1852 promovierte, übersandte dem Jubilar ein erneuertes Diplom mit einem längeren, anerkennungsreichen Begleitschreiben.

Byzantinisches. Ein Dichter aus Vörrach in Baden, der sich bescheiden nur mit „S.“ unterzeichnete, veröffentlichte ein liegendes Blatt mit einem Gedicht: zum fünfzigjährigen Regierungsjubiläum Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich. Die zweite Strophe lautet:

Wo im weiten Erdentrefe,
Wo regiert ein Fürst so weise,
So gerecht und stolz wie er?
Oben, unten, vorne, hinten,
Kreuz und quer, es ist zu finden
Solch ein Fürst kein einziger mehr!

Der Mann verdient einen Orden — oben, unten, vorne, hinten, Kreuz und quer.

Ueber eine bedeutsame Erfindung, die nichts Vergleichbares als die Ausnützung der in der atmosphärischen Luft angesammelten Elektrizität in großem Maßstabe bezweckt, wird der Londoner Daily Mail aus Las Palmas auf den Canarischen Inseln berichtet. Der Erfinder ist der Professor der Physik Clemente Siguera. Der Apparat, den er bis nach der Patentierung geheim hält, soll aus einem elektrischen Generator bestehen, welcher im Stande ist, Elektrizität aus der Luft aufzusaugen und dann aufzupeichern, bis sie zu irgend welchen dynamischen oder anderen Zwecken benötigt wird. Der Apparat ist überaus einfach konstruiert. Um sich vor einem Raube seiner Erfindung zu schützen, ließ der Professor die verschiedenen Teile des Apparats in verschiedenen Fabriken in Paris und Berlin herstellen; er selbst besorgte dann die Zusammenfügung. Siguera benutzte in seinem Hause bereits einen Apparat, welcher — trotz seiner primitiven Konstruktion fast kostenlos einen Strom von 650 Volt liefert, genügend, um ein Haus zu beleuchten und einen Motor von 20 Pferdekraften zu treiben. Der Erfinder, dem bereits Finanziers in London und Barcelona Angebote gemacht haben, wird demnächst in London erwartet. — (Die Wochenschrift hör ich wohl, allein es fehlt der Glaube!)

Eine Fabel von Hesop auf Stein. So zahlreich auch der aus dem Altertum überlieferte Fabelreichtum ist, so spielt doch die Fabel in der bildenden Kunst der Alten, insofern sie bis jetzt erschlossen war, nur eine sehr geringe Rolle. Jetzt ist es den Bemühungen des Wiener Altertumsforschers Eugen Vornann gelungen, ein Denkmal ausfindig zu machen, das die fein aus-

geführte Darstellung einer der bekanntesten Fabeln des Hesop zeigt. Es ist die Fabel vom Fuchs und vom Kranich. Der Kranich wird vom Fuchs zu Tisch geladen, kommt aber um den Genuß des Essens, da er aus den flachen Schüsseln nichts genießen kann. Zum Entgelt für diese Lüge läßt nun der Gast den Gastgeber zu sich ein und setzt ihm das Essen in einem langhalsigen Gefäße vor. Dies findet sich dargestellt auf einem römischen Grabstein, der bei Empoli in Toscana gefunden ist. Der Stein ward dem Lucius Gavius Mansuetus, der fünf Jahre lang Soldat in der zwölften städtischen Cohorte war und im 37. Lebensjahre starb, von seinem Bruder Gaius Gavius Asper gestiftet. Es ist ohne Zweifel, daß die Fabel auf das Verhältnis zwischen den beiden Personen Bezug hat. Vielleicht liegt eine Anspielung auf die Namen vor, denn Mansuetus bedeutet den Sanftmütigen, Asper aber den Rauhen und Wilden, es kann aber auch auf einen Familienzwist angespielt werden. Wenn auch die wahre Ursache sich nicht ergründen läßt, so ist doch das Denkmal als solches weit wichtiger, und dies liegt jetzt in schöner Wiedergabe im letzten Bande der Jahresschäfte des österreichischen archäologischen Instituts vor.

Die Chirurgie der Wilden. Es ist eine höchst merkwürdige Thatsache, daß schon gewisse vorgeschichtliche Menschenrassen eine Operation besser verstanden haben als selbst unsere hervorragendsten Chirurgen, und daß sich diese Fähigkeit bis auf den heutigen Tag gerade auf die in der Kultur am wenigsten vorgeschrittenen Völker vererbt hat. Die fragliche Operation ist das Trepanieren des Schädels, also die Durchsägung der Schädelknochen, bekanntlich eine der gefährlichsten Operationen, die dem Chirurgen zur Aufgabe gestellt werden können. Auf der Insel Neu-Britannien in der Südpazifik unternimmt ein Jäuberer die Operation mit einer Mischschale oder einem Stück vulkanischen Glastes, und von fünf Menschen, die ein Opfer dieser Behandlung werden, bleiben durchschnittlich vier leben, während das Verhältnis bei derselben Operation nach den Erfahrungen unserer Verze höchstens ein umgekehrtes ist, indem von fünf Operierten vier sterben. Ueberhaupt scheint die Trepanierung des Schädels für jene Naturmenschen keine besonderen Gefahren zu bieten, da die wirklich dabei eintretenden Todesfälle meist durch die voraus-gegangene Verletzung, nicht aber durch die Operation herbeigeführt werden. Eine vollständige Wiederherstellung erfolgt gewöhnlich schon in zwei oder drei Wochen, auf Neu-Britannien

lagswahlrecht, nicht klümmere, ja sogar abgelehnt habe, gegen die Wahlrechtsverschlechterung Stellung zu nehmen. Der Gemeindevorstand lehnte hierauf einstimmig ab, eine Vertretung nach Pirna zu entsenden, und ebenso lehnte er es auch ab, einen Beitrag zu bewilligen.

Pirna, 10. Juni. In einer geheimen Sitzung des hiesigen Stadgemeinderats hat, wie die hier erscheinenden Muldenthaler Nachrichten melden, Bürgermeister Richter „den störrischen Thatsachen entsprechend“, sein Amt niedergelegt.

ea. Plauen i. V., 10. Juni. „Ein ehemaliger sozialdemokratischer Agitator“ beginnt heute im Vogtländischen Anzeiger einige Artikel, um die Sozialdemokratie zu vernichten. Der Mann, der angeblich „lange Zeit in der Sozialdemokratie des Vogtlandes an hervorragender Stelle gestanden und nunmehr mit gereiftem Urtheil die dabei gemachten Erfahrungen überschaut“, kann nur der Sticker Wolfrum sein, der kürzlich in demselben Blatte seinen Austritt aus unserer Partei erklärte. Die übrige bürgerliche Presse wird sich die Ergüsse nicht entgehen lassen. Wolfrum war früher Angestellter im hiesigen Konsumverein, doch entzogen ihm die Parteigenossen ihr Vertrauen immer mehr und mehr. Der „ehemalige Agitator“ und seine Auseinandersetzungen sind zu unbedeutend, um sie einer Widerlegung zu würdigen.

Seine Nachrichten aus dem Lande. Ueber das bereits mehrfach erwähnte Meteor, das am Freitag abend gegen 10 Uhr in verschiedenen Gegenden Sachsens bemerkt worden ist, und das nach anderen Meldungen ein Kugelblitz gewesen sein soll, wird im Frankfurter Tageblatt geschrieben: „Dunkle Regenwolken bedeckten den Himmel, und nur der Weg vor uns war als heller Streifen zu sehen. Da plötzlich war es um uns tagshell, so intensiv hell, als ob die Sonne mit ihren hellsten Strahlen niederleuchtete. Uns war zu Mute, als erwachten wir aus einem Traume und wüßten uns nicht sogleich zurecht zu finden. Unwillkürlich lenkten wir die Blicke nach oben, und da wurde uns ein herrliches Schauspiel: Der Himmel hatte sich geteilt und der Hintergrund glänzte wie Gold. Langsam zog eine bläulich strahlende Schlange mit rundem Kopfe über uns hin, verschwand hinter einer dunklen Wolke und kam jenseits derselben wieder zum Vorschein, bis sie hinter den Bäumen versank.“ Auch aus Bayern, wie Bayreuth etc., wird gemeldet, daß man dort die Erscheinung wahrgenommen hat. Danach scheint das Vogtland ungefähr die Mitte des Teiles von Deutschland gebildet zu haben, in dem das Meteor sichtbar wurde. — Auf der Bahnstrecke bei Seiffen im Erzgebirge waren zwei wilde Kampfhähne so hart aneinander geraten, daß sie in ihrem Kampfe einen einfahrenden Eisenbahnzug gar nicht bemerkten. Schnell brauste der Zug heran und fuhr den beiden Godelhähnen glatt die Köpfe ab. — Infolge falscher Behandlung durch einen sogenannten Sympathiedoktor ist in Böhmisch das noch nicht ein Jahr alte Kind einer Fabrikarbeitersfamilie um beide Augen gekommen. Als man endlich einen Arzt zu Rate zog, war die Krankheit bereits so weit vorgeschritten, daß an eine Rettung des Augenlichtes nicht mehr zu denken war. Das Kind wurde nun einer hiesigen Augenklinik zugeführt. Den Sympathiedoktor aber dürfte seine „Kur“ auf die Anklagebank führen. — Beim Rangieren wurde auf dem Bahnhof Döbeln der in den 30er Jahren stehende Rangierer Börner überfahren und an Kopf, Brust und rechtem Arm so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. — Der Restaurateur Wölter der Hopfenblüte in Bausa versuchte seine Keuerin zu erschrecken und beging dann Selbstmord.

Schuldig. Die Genossen werden ersucht, sich an der nächsten Sonntag früh in Schleußig stattfindenden Flugblattverteilung zahlreich zu beteiligen. Sammelplatz: Müllers Restaurant früh 7 Uhr. Ebenso werden die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins ersucht, zu der nächsten Sonntag nachmittag im Bürgergarten stattfindenden Monatsversammlung der wichtigen Tagesordnung halber Mann für Mann zu erscheinen.

Die Distriktsleitung.
g. Halle a. S., 10. Juni. Es ist ein Schauspiel für Götter, daß gerade die früheren Kaiser nach dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes jetzt am meisten mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Heute lagte vor der Zivilkammer des Landgerichtes der Verleger der Saalezeitung gegen die Verleger der konservativen Halleischen Zeitung, Ostermann und Thiele, weil diese ihren Ableger genannt Morgenzeitung an den Lokalitäten gelegentlich einer Reklame als „einziges Frühblatt der Stadt“ bezeichnet hatten. Bekanntlich giebt die Saalezeitung auch eine Morgenausgabe heraus. Die konservative Reklame wurde als unlauter und unwahr bezeichnet; sie soll den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorufen. Die Sache erschien dem Gericht nicht sehr einfach, weshalb die Urteilsverkündung erst in acht Tagen erfolgen soll. Die Maurerorganisation befindet sich gegenwärtig wieder im Kriegszustande, weil einige Bauunternehmer den auf

schreitet man zur Trepanierung nur in Fällen von Schädelbrüchen, wie sie durch Schleudersteine hervorgerufen werden, deren sich die dortigen Stämme als Waffen bedienen. Auf Neu-Zeland süßen sich die Medizinleute noch sicherer, denn sie nehmen die Trepanierung auch als Heilmittel gegen Epilepsie und bei gewissen Arten von Wahnsinn vor, die sie durch Annahme eines starken Drucks auf das Gehirn erklären. Nach der Operation tritt häufig eine teilweises Lähmung ein, die aber fast stets wieder weicht. Auch Wölbhimm ist als Folge der Operation selten. Selbstverständlich muß man gegenüber dieser merkwürdigen Thatsache vermuten, daß diese Völker eben eine viel größere Widerstandskraft gegen die Operation besitzen als die Angehörigen der weichen Rasse, es müßte denn sein, daß jene sonst so ungebildeten Leute irgend einen Handgriff oder eine Vorsichtsmaßregel von ihren Vorfahren ererbt haben, die unserer Wissenschaft bisher entgangen ist.

Litterarisches.

Bunte Bühne. Fröhliche Tonlust, gesammelt von Richard Batha. Herausgegeben vom Kunstwart. 3. Folge. Preis 1 Mk. München, Kunstwartverlag, Georg D. W. Callwey. Mit dem vorliegenden inhaltreichen, gediegenen Feste hat der Kunstwartverlag abermals bewiesen, welch hohe, edle Aufgabe er sich gestellt und in welch erfolgreichster Weise er sie zu lösen vermag. Richard Batha, der kenntnisreiche Pfadfinder und rastlose Schatzgräber, dem die deutsche Kunst so unendlich viel Förderung verbannt, hat mit gekauertem Geschmaack und sicherer Hand in diesem dritten Feste der Buntten Bühne 17 heitere Stücke unserer besten Komponisten zusammengestellt. Unter diesen befindet sich Mozart mit drei ganz allerliebsten Gesängen, die bei vielen als „Neulinge“ ganz besonderes Interesse erregen dürften. Auch Beethoven, Haydn, Schumann, Schubert, Mendelssohn, Weber geben ihre Teil dazu, daß fröhliche, sonnige Kunst im deutschen Hause erfreue und lütere. Allen, denen die satten, abgehandelten Wälderwerke gebanten- und gefühlstärker komponierter ein Orchestre sind und die noch das lebendige Verlangen haben nach gebiegener, beglückender Kunst, möge das vorliegende Feste der Buntten Bühne aufs wärmste empfohlen sein. Sehr wertvoll sind darin auch die den Kompositionen beigegebenen Begleitworte, die über Komponisten, Form, Inhalt und Wert der Musikstücke mancher interessanten Aufschluß geben. Daß die Ausstattung des Festes außerordentlich ist, verleiht sich beim Kunstwartverlag von selbst. Trotzdem beläuft sich der Preis nur auf 1 Mk. Der Band ist durch jede Buch- und Musikalienhandlung zu beziehen.

50 Pfg. vertragsmäßig festgelegten Lohn wieder um einige Pfennige gekürzt haben. Es ist deshalb bei einigen Bauunternehmern die Sperre verhängt worden. Trotz der schlechten Geschäftskontunktur legen sich die geradezu gefagt heldenmütig kämpfenden Maurer neue Opfer und Entbehrungen auf. Nach einer heute abend abgehaltenen Versammlung steht der Streik einmütig. Da der Maurermeister Reinhardt, der in dem früheren Streik eine bedeutende aber nicht beneidenswerte Rolle spielte, den Justizneubau bekommen hat, wurde eine Kommission beauftragt, bei dem Regierungspräsidenten in Merseburg vorstellig zu werden und diesen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei dem Bau nur hiesige und keine italienischen oder polnischen Maurer beschäftigt werden. Der Vertreter des Regierungspräsidenten, Geheimrat Beißer, versprach der Kommission, sich für die Maurer ins Mittel legen zu wollen, machte dann aber die Bemerkung, die Maurer möchten dann aber nicht pro Stunde eine Mark verlangen. Einen Druck könne er nicht ausüben; er wolle aber „heute oder morgen“ nach Halle reisen und mit dem Maurermeister Reinhardt Rücksprache nehmen. Was da für die armen Maurer herausspringt, ist wohl nicht zweifelhaft.

Halle a. S., 11. Juni. Die Polizei beschlagnahmte in der Privatwohnung eines russischen Studenten die gemeinsame Bibliothek der in Halle studierenden Russen und Russinnen.

Nudolstadt, 11. Juni. Die Strafkammer verurteilte den angesehenen Stadtverordneten Richter in Königssee wegen Wechselfällen in 66 Fällen und Bankrotts zu zwei Jahren Gefängnisstrafe.

Gotha, 11. Juni. Für die Nichtbestätigung der Wahl des Landtagsabgeordneten Wolf zum Bürgermeister in Dietz wurden drei Verfassungen als Gründe angegeben, nämlich 1. einen vierwöchentlichen militärischen Arrest wegen Pflichtverletzung im Lazarettendienst; 2. eine Geldstrafe von 5 Mk. wegen ruhestörenden Lärms; 3. eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten wegen Majestätsbeleidigung. Die Strafen liegen 10 bis 24 Jahre zurück. Wolf wird gegen diese sonderbaren Gründe des Landratsamts Berufung beim Ministerium einlegen. Das Gothaer Volksblatt bemerkt zu diesen Gründen: Wir finden diese Gründe mehr als merkwürdig. § 72 schreibt vor, daß ein stimmberechtigtes Mitglied unbescholten sein muß. Da Wolf in dem Altersstücke die Unbescholtenheit abgesprochen wird, so hätte er auch in der Gemeindeversammlung nicht mitstimmen dürfen. Er hat aber nicht nur mitgestimmt, sondern er ist sogar von seinen Mitbürgern zu dem Ehrenposten eines Gemeindeauschussesmitglied gewählt worden. Warum hat denn da der Landrat nicht gegen die Wahl des „bescholtenen“ Wolf Einspruch erhoben, was ihm nach § 97 des Gemeindegesetzes zulaut?

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 10. Juni.

Unmenschlich geschlagen hat die Waise Minna geschiedene Kollmar ihre 11 Jahre alte Tochter Marika am 10. März v. J. mit einem Ausklopper in ihrer Wohnung in Lindenau. Das Kind wurde auf Veranlassung des Armenarztes Dr. Geißler in das Kinderkrankenhaus gebracht, wo es zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eine Woche verblieb und dann auf Veranlassung des Armenamtes bei anderen Leuten in Pflege gegeben wurde. Die brutale Mutter hatte sich heute wegen schwerer Körperverletzung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie kann die That nicht leugnen, will aber zu der Mißhandlung von dem Mädchen gereizt worden sein, weil es ihr damals nach und nach etwa 20 Mk. gestohlen habe, das Geld zum Teil vernascht und zum Teil ihrem Vater gegeben habe, der die Kinder überhaupt zum Stehlen anleite. Dr. Geißler sagt, daß die Kleine keinen schlechten Eindruck auf ihn gemacht habe; bekannt sei ihm aber, daß die Frau sehr hitzig sei und er habe die Kinder oft abends im Unweitem auf der Treppe sitzen sehen, weil sie sich nicht nach Hause getrauten. Der Mädeln und die Oberarme des Kindes waren von der Mißhandlung über und über mit blutunterlaufenen Stellen und stark schmerzhaften Anschwellungen übersät, so daß es ihm unmöglich war, auf dem Rücken liegend zu schlafen. Diese blutunterlaufenen Stellen und Anschwellungen sind die Folgen eines außerordentlich derben und blinden Zuschlagens. Er fügte noch hinzu, daß er über die barbarische Mißhandlung sehr empört war. Das Gericht verurteilte die Kollmar zu drei Wochen Gefängnis.

Oberkriegsgericht.

Leipzig, 10. Juni.

Ein Soldatenschinder schlimmster Art ist der beim 22. Pionierregiment zu Meisa dienende Unteroffizier Leopold Meyer, der vom Kriegsgericht Chemnitz zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt wurde. Die Verurteilung ist erfolgt wegen Annahme einer Wechselfälligkeit, Beleidigung, vorchriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener. Der Angeklagte führte von Ende Oktober v. J. bis Ende Februar d. J. eine Rekrutenkorporalschaft und wurde oft von seinen Vorgesetzten getadelt, weil seine Leute schlechte Leistungen aufzuweisen hatten. Durch vermehrte Strafen und systematische Soldatenschinderei suchte er, nun diesem Mißstande abzuhelfen, ohne dabei zu bedenken, daß er hierdurch die Leute nur mißmütig und störrisch machte. Etwa 15- bis 20mal hatte er seine Korporalschaft nach Beendigung des Dienstes noch 1 bis 2 Stunden eigenmächtig weiter exerzieren lassen. Auch kommandierte er einige Soldaten, um sie zu bestrafen, mehrfach zum Stubendienst, zum Teil für längere Zeit, ohne dazu berechtigt zu sein. Ganz besonders hatte er den Soldaten Stenmsler, einen wegen seiner Morpulen etwas ungeschickten, aber willigen Soldaten, in sein Herz geschlossen. Er beleidigte ihn nicht nur durch Ausbrüche wie: Hund, ich ersticke dich, Zettes Was etc., sondern er schikanierte ihn auf mehrfache Art und Weise. So bedroht er ihn einmal, das Abendbrot anzurühren, so daß er hungriig zu Bett gehen mußte. Bei anderer Gelegenheit äußerte er zu ihm, er bekäme sein Abendbrot nicht eher, bis er Klammzüge machen könne, so daß sich St. veranlaßt sah, sein Brot unter dem Rock zu verbergen und es heimlich auf dem Korridor zu essen. Aniebeuge und Gewehrschraube ließ Meyer ihn einige Male übermäßig lange Zeit hindurch üben. Ein anderes Mal mußte St. seinen Mantel anziehen, sich an den heißen Ofen setzen und dort ein bis zwei Stunden puzen. Auch brachte er einmal, als St. in der Schützenlinie nicht richtig lag, die Füße desselben durch einen Stoß mit dem Beine in die richtige Lage. Weiter ordnete er ihn des öfteren in und außer dem Dienst, zog ihn an der Nase, warf ihn vor den Schrank und schlug ihn zweimal beim Turnen mit der Mütze ins Gesicht. Schon acht Tage nach seiner Dienststellung, am 3. November, beklagte sich St. in einem Briefe an seine Frau, der in unserem Parteiorgan, in der Chemnitzer Volkstimme, wörtlich abgedruckt wurde, bitter über St. und sprach davon, sich das Leben zu nehmen. Diesen Entschluß hat St. auch ausgeführt. Am 8. Januar d. J. deserthete er von seiner Truppe und verübte Selbstmord. Ende März zog man seinen Leichnam aus der Elbe. Nach den Feststellungen des Kriegsgerichts zu Chemnitz, denen sich auch heute das Oberkriegsgericht zu Leipzig anschloß, ist St. als mitschuldig, wenn auch nicht als Ursache zu

dem Selbstmord anzusehen. St. war nämlich erblich belastet, seine Brüder haben durch Selbstmord geendet. Doch auch anderen Untergebenen gegenüber zeigte St. seine Macht und befeigte sie mit Worten wie: Kaffee, Mißbauer, Bettelstudent etc. und mißhandelte sie. So versetzte er fünf Soldaten Stöße vor die Brust und Ohren. Einen anderen warf er an den Schrank und schüttelte ihn unter Zusammenreißen der Haut, an der Brust. Einen anderen wieder schlug St. mit dem Patronenriemen. Der vorchriftswidrigen Behandlung Untergebener hatte sich der Angeklagte außer den schon bei St. erwähnten Fällen noch fernerhin schuldig gemacht, indem er einmal seine Korporalschaft in Feldmarschmähigen Anzuge auf die Schranke Lettern und sie einmal schon des Morgens um 2 Uhr aufstehen ließ, um Sachen zu puzen, die sie am Abend vorher wegen eigenmächtiger Ausdehnung des Dienstes nicht reinigen konnten. Das Mittagessen hatte St. seinen Leuten einmal erst, nachdem es durch halbständiges Stehen kalt geworden war, verabreichen lassen. Ein anderes Mal mußten die Leute eine halbe Stunde lang ihr auf die Schranke gestelltes Abendbrot ansehen, bevor sie zugreifen durften. Weiter ließ er einen Soldaten so nahe an den Schrank herantreten und die Füße unter denselben stellen, daß er das Gleichgewicht verlor und hintenüber fiel. — Wegen seine Verurteilung zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis sowie zur Degradation hatten der Angeklagte sowohl wie der Gerichtsherr beim Oberkriegsgericht zu Leipzig Berufung eingelegt. Der Gerichtsherr hielt die Strafe für zu niedrig, der Angeklagte glaubte hingegen in verschiedenen Fällen zu Unrecht verurteilt zu sein. Das Oberkriegsgericht schloß sich jedoch den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz an und erklärte nach eingehender Beweisaufnahme auf Berufung beider Berufungen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Juni.

Achtung, Metallarbeiter! Die Arbeiter der Firma A. Schöne in Böhmisch sollen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiterverband am 23. d. M. ausgesperrt werden. In Hirschberg in Schlesien sind drei Former entlassen worden, weil sie sich weigerten, in Accord zu arbeiten. Sie sollen bei einem Preise von 12 Pfg. pro Kilo ankommen und davon auch noch die Kermacher und Hieserarbeiter bezahlen. Wegen der gleichen Ursache sind bereits Osiern 25-Mann auf Pfahle geworfen worden.

In der Silberwarenfabrik von Julius Demoz in Breslau, Fischerstraße 4, befinden sich die Arbeiter in einem Abwehrstreik, der durch Lohnreduktion und Maßregelung mehrerer Kollegen veranlaßt worden ist. Am Streik beteiligt sind Bestarbeiter, Korpusarbeiter, Goldarbeiter, Drucker, Schleifer, Graveure und Eisler.

Die Arbeiter in Böhmisch, Hirschberg und Breslau rechnen auf die Solidarität ihrer auswärtigen Kollegen.

Ein besessener Berichterstatter. Das Leipziger Tageblatt veröffentlichte kürzlich einen Deputationsbericht über die Verluste der Lotteriedarlehensklasse beim Zusammenbruch der Leipziger Bank, der noch gar nicht endgültig festgestellt worden war, sondern später Änderungen unterzogen wurde. Der parlamentarische Berichterstatter des Leipziger Tageblattes bekannte sich als der Urheber der Veröffentlichung. Er habe, als er den Diener suchte, im offen stehenden Deputationszimmer den Bericht auf dem Tische bemerkt, und als besessener Journalist und Berichterstatter sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, von dem Inhalt ausgiebigen Gebrauch zu machen. Wegen die hierauf bezügliche Bemerkung eines Berliner Blattes, das unter der Spitzmarke Wie sich das Leipziger Tageblatt Informationen verschafft, schrieb: Diese Verleumdung des zwischen Mein und Dein bestehenden Unterschiedes ist selbst für sächsische Verhältnisse etwas gar gemächlich, wendet sich das Leipziger Tageblatt, indem es erklärte, daß es den ihm übersandten Bericht nicht veröffentlicht haben würde, wenn es gewußt hätte, daß er möglicherweise noch einer Abänderung unterworfen werden könnte.

Wir erkennen an, daß das Leipziger Tageblatt an der Einigung und Benutzung des Berichtes unschuldig ist. Was würde aber das Blatt gesagt haben, wenn die Veröffentlichung in einem sozialdemokratischen Blatte erfolgt wäre?

Im Leipziger Bankprozeß wird der ehemalige Generaldirektor Schmidt in Kassel gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Bank Zeugnis ablegen. Einer noch Kassel entlassenen Kommission des Landgerichtes Leipzig gegenüber hat er sich hierzu bereit erklärt. Schmidt soll ein etwa zwanzig Seiten umfassendes Geständnis zu Protokoll gegeben haben, demzufolge voraussichtlich auf sein persönliches Erscheinen im Leipziger Bankprozeß verzichtet werden wird.

Die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode beginnt am Donnerstag den 12. Juni unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Müller. Verhandelt wird am Donnerstag früh 9 1/2 Uhr, gegen den Handarbeiter Gustav Paul Marx aus Stülzberg, wegen gefährlicher Körperverletzung und versuchten Raubes, mittags 12 Uhr gegen den Handarbeiter Hermann Hübsch aus Borna, wegen vorfälliger Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Freitag früh 9 Uhr gegen die Dienstmagd Auguste Lina Klingner aus Böbnitz, wegen versuchter Kindes tödtung; vormittags 10 1/2 Uhr gegen die Uhrmachersfrau Marie Horn, geborene Nagel, aus Wiesbaden, wegen Meineids.

Montag den 16. Juni früh 9 Uhr beginnen die Verhandlungen gegen den Bankdirektor August Heinrich Andreas Exner aus Kassel, den Rechtsanwalt Dr. jur. Albert Gensch aus Dresden, den Kaufmann Ludwig Heinrich Döbel in Leipzig, den Kaufmann Georg Christian Schröder in L. Gohlis, den Bankier Friedrich Alexander Mayer in Leipzig, den Kaufmann Georg Christian Wölter in Leipzig, den Buchhändler Friedrich Alfred Wölter in Leipzig, den Privatmann Dr. jur. Gustav Reinhold Otto Fiebiger in Weisker Hirsch und den Kaufmann Ernst Ludwig Friedrich Wilkens in Dresden, wegen betrügerischen Bankrotts, bezw. Vergehens im Sinne der §§ 312 und 314 des Handelsgesetzbuches.

Eine recht gute Benutzung hatte der am Sonntag von hier nach Grimma-Leisnig und Colbitz-Rochlitz abgelassene Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen zu verzeichnen. Er füllte nämlich insgesamt gegen 855 Personen nach den schönsten Thälern der Mulde. Von diesen hatten etwa 50 Raumbüh, 310 Grimma, 200 Leisnig, 30 Colbitz und 265 Rochlitz als Reiseziel gewählt. Auch der ebenfalls am Sonntag von hier nach dem Elstertale in Verkehr gebrachte billige Sonderzug war gut besetzt. Ihn benutzten allein an hier gegen 450 Personen. Der erste diesjährige Sonderzug nach dem Erzgebirge, der am Sonntag den 15. Juni von Leipzig abgelassen wird, wird Gelegenheit zu prächtigen Ausflügen in die dortige Gegend bieten.

Reisepässe nach außereuropäischen Staaten können von den Polizeibehörden nicht ohne weiteres ausgestellt werden, sondern erst, nachdem durch Einberufen mit den ausländischen Behörden festgestellt worden ist, daß der Nachsuchende sich durch seine Abreise nicht etwa einer schwebenden gerichtlichen Untersuchung, einer Alimentspflicht etc. entziehen will. Da diese Erörterungen in der Regel zehn bis vierzehn Tage in Anspruch nehmen, so liegt es im Interesse der Beteiligten, wenn sie sich mit ihren Anträgen auf Ausstellung solcher Reisepässe so frühzeitig wie möglich an die zuständige Polizeibehörde wenden.

Den Mitgliedern der Versicherungsgesellschaft Prometheus ist in der zweiten Versammlung, die dieser Tage in Berlin abgehalten wurde, empfohlen worden, auf ihre Forderungen zu verzichten. Die sämtlichen 24 000 Mitglieder sollten sich bereit erklären, zur Deckung des noch vorhandenen Defizits beizutragen, wobei etwa 30 Mt. auf jedes Mitglied entfallen würden. Daburch soll ermöglicht werden, den Konkurs so schnell als möglich zu beenden. Dieser Ansicht traten verschiedene Redner entgegen. Den Anwesenden wurde der Rat gegeben, nichts zu bezahlen, da dann der Konkurs mangels Masse von selbst zu Ende gehen werde. Außerdem solle man die frühere Verwaltung und die Liquidatoren regreßpflichtig machen, wozu die früheren Bilanzen die Handhabe böten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Ferienausflüge hat die hiesige Ortsgruppe des Deutscher Vereins für Volkshygiene in diesem Jahre wiederum in Aussicht genommen. Den Kindern der Volksschulen und zwar den Klassen I bis V, soll die Teilnahme an den in den Ferien jeden zweiten Tag beabsichtigten Wanderungen ermöglicht werden. Die Wandergruppen, die nicht über 30 Köpfe stark gebildet werden, erhalten je einen Lehrer oder Lehrerin zur Führung. Bei diesen Wanderungen soll neben der Darbietung hygienischer Vorträge in den Kindern die Freude am Wandern und am sinnigen Naturgenuss geweckt und zum Bewußtsein gebracht werden. Daburch wird bedingt, daß die Kinderzahl innerhalb einer Gruppe nicht zu hoch sein darf. Die Beiträge der Kinder werden möglichst niedrig bemessen werden. Nehmen mehrere Kinder aus einer Familie teil, so tritt eine Ermäßigung des Beitrages ein. Des weiteren ist in Aussicht genommen, eine Gruppe zu bilden, die unter fachkundiger Führung mehrtägige Wanderungen unternimmt. Auch soll eine Gruppe für Gartenarbeiten ins Leben gerufen werden. Die guten Erfahrungen, die man mit der Gruppe für Zeichen nach der Natur gemacht hat, wird auch in diesem Jahre zur Bildung gleicher Abteilungen führen.

Tötlich geworden nach Unterschlagung von etwa 200 Mt. entlohnter Gelder ist der am 20. Dezember 1886 in Braunschweig geborene Kaufmännische Friedrich Ludwig Max Volkman. Der Beschuldigte war in einem hiesigen kaufmännischen Geschäft in Stellung und hat in der Blumenstraße zu Leipzig-Wohlthaus gewohnt. Er ist etwa 1,50 Meter groß, kräftig, hat blondes Haar und trägt einen blauen, gerieften Kammgarnanzug und einen weiß- und schwarzgestreiften Strohhut.

Feuer wurde heute früh gegen 5 Uhr aus den Gärten an der Ecke der Dresdener Straße und Breittopfsstraße gemeldet. Es brannten dort zwei Gartenlauben nieder. Das Feuer ist von der alarmierten Feuerwehre bald beseitigt worden. Es wird vermutet, daß das Feuer von ruckloser Hand angelegt worden ist; es sind nämlich überdies in sechs anderen Gärten ein großer Teil Rosenstöcke teils herausgerissen, teils gewaltsam umgebrochen worden. Die kriminalpolizeilichen Erörterungen nach den Tätern sind eingeleitet worden.

Tot vom Rade gestürzt. Ein hiesiger Monteur unternahm gestern nachmittags eine Spaziersfahrt auf dem Rade nach Wurzen. Kurz vor Wurzen stürzte er vom Rade und war sofort eine Leiche. Ob der Mann, wie man annimmt, von einem Herzschlag betroffen wurde, wird die Obduktion der Leiche, die nach Leipzig zurückbefördert wurde, ergeben.

Von einem plötzlichen Tode ereilt wurde heute früh in der 6. Stunde der am Rabel Nr. 17 wohnende 57 Jahre alte Materialwarenhandeler Kreyschmar, als er einer im Grundstücke Ebnitzstraße 4 wohnenden Familie ein Brot brachte. Der herbeigerufene Arzt konstatierte Herzschlag als Todesursache.

Keine Polizeinachrichten. Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens erfolgte die Festnahme eines vorübergehend hier aufhältlichen, 26 Jahre alten Schauspielers aus Stettin.

Eine Mietgeschwindlerin, die von verschiedenen Familien Mietgelb annahm, aber nie den Dienst antrat, wurde in der Person einer 23 Jahre alten Arbeiterin aus Luma hier festgenommen.

Gestohlen wurde gestern nachmittags aus einem Grundstück der Kolonnenstraße ein Rover, Marke National 16, im Werte von 280 Mark.

Von einem Zimmerplatze an der Bernhardsstraße in Leipzig-Anger-Grottenborn wurde ein grünangestrichener, vierrädriger Handwagen mit Kastenauflage gestohlen.

Aus dem Keller eines Grundstückes der Viviastraße wurde ein Rover, Marke Mars mit Nummer 1110 im Werte von 150 Mt. gestohlen.

In der Mälauer Straße zu A.-Anger-Grottenborn ging heute früh das Pferd eines in Groß-Bösa wohnenden Milchhändlers durch. Das Tier jagte mit dem Geschirr bis zur Gartenstraße, wo es, ohne Schaden angestrichet zu haben, von einem Schuhmann aufgehalten wurde.

Marktrahnd. Der Stadtgemeinderat hat sich mit der Anregung, betreffend die Erbauung einer elektrischen Bahn von Leipzig nach Marktrahnd beschäftigt und hierzu einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Der Stadtgemeinderat stellt dem Projekt einer elektrischen Bahn von Leipzig nach Marktrahnd sympathisch gegenüber, ohne schon jetzt auf irgend welche Verbindlichkeiten einzugehen, behält sich aber jede weitere Einschließung über Genehmigung der Ausführung, der Lage und Art der Linie und etwaiger Unterstützung vor.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der revidierten Städteordnung alle Gemeindeglieder berechtigt, welche

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholten sind;
5. eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mt. jährlich bezahlen (500 bis 700 Mt. Einkommen);
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindegabten vollständig bezahlt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer anderen Stadtgemeinde Sachsens bisher stimmberechtigter Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationschein oder dergleichen);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreisshauptmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates, bei verheirateten
2. Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtscheine von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursacht die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im deutschen Reiche besteht ein Indigenat (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts etc. wie der Einheimische zuzulassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von der höheren Verwaltungsbehörde des Heimlandes ausgestellt werden. Dem diesbezüglichen Gesuche sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtschein), Militärpapier sowie 1.50 Mt. für Stempelgebühren.

Von Nah und Fern.

Studentenbeschäftigung. In Rötchen wurden in voriger Woche des Nachts Figuren des dortigen Springbrunnens und die Marmorbüste Johann Sebastian Bachs mit roter bezw. grüner Lackfarbe angestrichen. Als Täter wurden zwei Studierende des höheren technischen Instituts festgestellt. Diese müssen der Farbe noch irgend einen besonders dauerhaft machenden Zusatz gegeben haben, denn bisher ist es trotz eifrigen Mühens nicht gelungen, den Leberzug von der Büste völlig zu entfernen. Seitens der Stadt ist Strafandrohung wegen Sachbeschädigung gestellt.

Verhängnisvoller Fliegenstich. Auf schreckliche Art ist eine in-Celle wohnende Frau ums Leben gekommen, die von einer giftigen Fliege in den Hals gestochen war. Es bildete sich am Halse eine Geschwulst, die trotz sofort in Anspruch genommener ärztlicher Hilfe nach wenigen Stunden den Tod der Unglücklichen herbeiführte.

Grüßelhaft. Bei der Aufstellung eines Gerüstes zum Abputzen eines Neubaus in Dantzig stürzten 6 Mann herab. Drei sind schwer und drei leicht verletzt.

Opfer des Militarismus. London, 9. Juni. Ein zu der Luftschifferabteilung der Marine gehörender Ballon, dessen Bewegungen zwei Torpedoboote folgten, und in dem sich der Marineleutnant Baudin befand, unternahm einen freien Ausflug, er stürzte ins Meer, Lieutenant Baudin ertrank.

Inmitten einer Beschäftigung bei Kap Brun, in der Nähe von Toulon, wurde die Enclasse eines Geschüßes heftig nach hinten gestoßen; ein Kanonier wurde getötet, acht verwundet.

Feuersnot. In einem Hause in der Queen Victoria Street in London brach am Montag Feuer aus; eine Anzahl Mädchen und ein Mann sprangen, um sich zu retten, 60 Fuß tief in ein für sie ausgehaltenes Sprungloch, insgesamt sind acht Mädchen und ein Knabe umgekommen.

Der laufende Berg. Der Berg Tabor ist nach einer Meldung aus Budapest in einer Ausdehnung von 150 000 Quadratmeter in der Länge und von 1000 in der Breite ins Russische gekommen. Bisher sind 11 Häuser und Villen zerstört.

Explosion. Der Küstentelegraph meldet aus Ferral die Vorüberfahrt eines englischen Dampfers, an dessen Bord eine Kesselexplosion stattgefunden hatte, bei welcher einige Personen getötet oder verwundet wurden. Ein deutscher Dampfer leistete den Schiffbrüchigen Hilfe; die Namen der Dampfer sind nicht bekannt.

Brand. Bei dem bereits gemeldeten Brande im Sanatorium der St. Lukes Society in Chicago wurden neun Männer und eine Frau getötet. 30 Personen wurden verletzt. Die Mehrzahl der Patienten befand sich wegen Trunksucht in Behandlung. Als das Feuer ausbrach, war eine Anzahl von Deliriumkranken an die Betten festgeschmalt.

Ein Cyllon. Newyork, 11. Juni. Ein Cyllon von 2 Meilen Länge und 2 Meilen Breite ist in der Umgebung von Lake Park in Minnesota niedergegangen. Eine Kirche und 9 Farmen wurden völlig zerstört, 10 Personen kamen um.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 11. Juni. Dem Reichstage ging heute durch den Reichskanzler der Antrag zu, der Vertagung des Reichstags bis zum 14. Oktober zuzustimmen.

Briefkasten der Redaktion.

H. M., Gänchen. Geben Sie zunächst an, ob es sich um die Fortbildungsschule handelt, zu deren Besuch die Knaben verpflichtet sind, oder um eine gewerbliche Schule, für welches Gewerbe.

Auskunft in Rechtsfragen.

D. M., Seltzerhausen. Wir halten eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit für aussichtslos.

M. M. Wenn das unerwartet zugesandte Los nicht bezahlt ist, kann Anspruch auf einen etwaigen Gewinn nicht erhoben werden.

Genoffe. 1. Die Unterstützung der Familien der zu einer Lebung eingezogenen Reservisten und Landwehrlente beträgt für die Frau 80, für jedes Kind 10 Prozent des ortsbüchlichen Tageslohns. Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Ortsbehörde (Rat der Stadt Leipzig) zu stellen und erlischt, wenn er nicht spätestens vier Wochen nach Beendigung der Lebung erhoben wird. 2. In Preußen können am ersten Pfingstfeiertage Belustigungen, Tanz etc. abgehalten werden.

F. B. 1. Die Reklamation gegen die Einschätzung kann nur gegen das Gesamtergebnis der Veranlagung gerichtet werden und ist vom Reklamanten unter genauer Angabe der Höhe aller seiner Einkünfte und der gesetzlich zulässigen Abzüge thatsächlich zu begründen (§ 51). Die Befcheinigung der zur Begründung eines Rechtsmittels vorgebrachten thatsächlichen Ausführungen liegt demjenigen ob, der das Rechtsmittel eingewendet hat (§ 54). 2. Eine solche Begründung kann verlangt werden. 3. Gegen einen ablehnenden Bescheid steht Ihnen das Recht zu, innerhalb drei Wochen bei der Reklamationskommission der Bezirkssteuerinspektion Beschwerde zu erheben. 4. Die Befcheinigung hat der Arbeitgeber unentgeltlich zu verabfolgen. 5. Lassen Sie sich die Zahlung der Beiträge von der Ortskrankenkasse bescheinigen.

G. S., Löbnitz. Wenn im Vertrag keine Bedingung vorgelesen ist, unter der die jährliche Zulage erfolgen soll, so muß die letztere ohne weiteres gewährt werden. Klagen Sie am Gewerbegericht.

H. S. Das Recht, beratende Fragen zu stellen, kann dem Krankenbesucher nicht bestritten werden. Wenn sich dagegen die gleiche Person unter mehreren Namen bei Ihnen Eingang verschafft, so erheben Sie Beschwerde beim Vorstand der Ortskrankenkasse.

Hr. Br. Der Vertrag hat auch ferner Gültigkeit. Der Erwerb eines Grundstücks tritt an Stelle des Vermieters in die sich während der Dauer seines Eigentums aus dem Mietverhältnis ergebenden Rechte und Verpflichtungen ein.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Mittwoch den 11. Juni: 152. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, Braun): 7. Gastspiel des Herrn Anton Brand.

Die Fledermaus. Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meyer.

Gabriel von Eisenstein	Hr. Sturmfeld
Moskade, seine Frau	Hr. Siegmund-Wolff
Frank, Gesangs-Direktor	Hr. Unger
Prinz Orlofsky	Hr. Nießling
Alfred, sein Gesangslehrer	Hr. Heine
Dr. Falke, Notar	Hr. Brelner
Dr. Wind, Advokat	Hr. Unger
Adèle, Moskade's Stubenmädchen	Hr. Lind
Kny-Bay, ein Negypier	Hr. Schulz
Manufin, Gesandtschafts-Minister	Hr. Richter
Murray, ein Amerikaner	Hr. Bärenwinkel
Carlott, ein Marquis	Hr. Meißhorn
Lord Middleton	Hr. Wagner
Joseph, Gerichtsbekannter	Hr. F. Groß
Jwan, Kammerdiener	Hr. Schröder
Ida	Hr. Guth
Melanie	Hr. Penning
Felicita	Hr. Dorf
Sidi	Hr. Reinhold
Mina	Hr. Gumm
Pauline	Hr. Graf
Silvia	Hr. Wehr
Vertha	Hr. Wagnert
Lori	Hr. Baar
Paula	Hr. Weiffert

Diener des Prinzen Hr. Hermann
Ein Amtsdienner Hr. Reinhold
Hr. Büsch.

Herrn und Damen, Masken, Bediente.
Die Handlung spielt in einem Labor in der Nähe einer großen Stadt.
* * * * * Hr. Frank, Gesangs-Direktor — Herr Anton Brand, als Gast.
Wende nach jedem Akt.

Einlaß 7/11 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10/11 Uhr. **Schauspiel-Vorstellung.**
Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pf. Aufgeld.)

Spielplan: Donnerstag: Wiener Witz. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Robert und Bertram. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Heimat. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch bis Sonnabend: Geschlossen.

Küchzettell der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:
Speiseanstalt I (Johannplatz): Sphinat mit Rindfleisch.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Petersilie u. Spargel mit Rindfleisch.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 10. Juni 1902.
(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer	170—175 bez. Brf.
still		
Roggen per 1000 kg netto	ausländischer	174—179 bez. Brf.
fest	inländischer	148—152 bez.
Gerste per 1000 kg netto	ausländischer	154—157 bez. Brf.
	Brangersto hiesige	—
Hafer per 1000 kg netto	Mahl-u. Futterware	184—146 bez. Brf.
ruhig	inländischer	163—170 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	ausländischer	—
	amerikanischer	—
Olfsaat per 1000 kg netto	runder	124—128 bez. Brf.
Rapskuchen p. 100 kg netto	Cinquantin	180—188 bez. Brf.
Rübsl rohes p. 100 kg netto	Raps	—
frei Haus hier ohne Fass	flüssiges	—
etwas matter	gefrorenen	54,50 nominell

Malz per 100 kg netto	Ausseramtlich:	26—28
Wicken per 1000 kg netto	loco	190—200
Erlisen per 1000 kg netto	loco grosse	220—230
	" kleine	190—200
	" Futter	170—190
Bohnen per 100 kg netto	loco	18—20
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	60—100
	weiss nach Qualität	60—200
	gelb nach Qualität	40—46
	schwed. n. Qualität	120—160

Die Mühlen und Möhlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:
Weizenmehl Nr. 0024.00 Roggenmehl Nr. 0 } 21.00
per 100 kg " 021.50—22.50 per 100 kg " I } II 14.00—14.50
exkl. Sack " I 19.00—19.50 exkl. Sack " II 14.00—14.50
exkl. Sack " II 17—17.50M. Roggenkleie Mk. 10.50—11.00 per
Weizenschalen 9.50—10.00M. 100 kg. exkl. Sack

Wahlverein Leipzig-Stadt.

Einige politische Organisationen der sozialdemokratischen Partei. Parteil für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Sozialdemokratischer Verein Leipzig-Ost.
Organisation zur Förderung der Interessen der sozialdemokratischen Partei. Versammlungen alle 4 Wochen. — Wöchentliche Beiträge 10 Pf.
Nicht alle sozialdemokratisch gesinnten Einwohner im Osten Leipzigs ist es dem Verein als Mitglied anzuschließen.
Aufnahme von Mitgliedern in den Versammlungen. Anmeldungen nimmt entgegen: Julius Lehmann, Leipzig-Anger, Raststraße 18, par. 4.

Jahrplan der Eisenbahnen.

(Gültig im Sommerhalbjahr 1902.)
Abfahrt der Eisenbahnzüge
Bayerischer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Gol. Norm.: *12,35 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...
B. Linie Leipzig-Borna-Gömnitz. Norm.: 5,50 - 9,8 - 11,35 - 12,40...
C. Linie Leipzig-Gömnitz-Meißelwitz. Norm.: 5,50 - 7,46 - 9,52...
D. Linie Leipzig-Wülfnitz-Gömnitz-Görschütz. Norm.: 5,5 - 7,55 - 9,50...
E. Linie Leipzig-Wülfnitz-Gömnitz-Görschütz. Norm.: 5,5 - 7,10 - 7,56 - 9,30...
F. Nach Berlin. Norm.: *3,50 (D.-B. 1. u. 2. Kl.)...
G. Nach Weimar. Norm.: *3,50 (D.-B. 1. u. 2. Kl.)...
H. Nach Weimar über Weimar. Norm.: 3,55 - 5,5 - 6,5 (bis Weimar)...

Dresdener Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Dresden. Norm.: *12,20 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...
B. Linie Leipzig-Dresden. Norm.: 6,54 - 7,45 (nur Sonn- und Feiertag)...

Von Magwitz.

Nach Leipzig. Norm.: 5,13 - 8,42 - 11,15 - 12,40 - 13,55 - 15,10...
Nach Leipzig. Norm.: 12,2 - 12,40 - 12,58 (nur Weertag) - 13,16 - 13,34...
Nach Leipzig. Norm.: 12,2 - 12,40 - 12,58 (nur Weertag) - 13,16 - 13,34...

Von Weitzsch.

Nach Leipzig. Norm.: 12,2 - 12,40 - 12,58 (nur Weertag) - 13,16 - 13,34...
Nach Leipzig. Norm.: 12,2 - 12,40 - 12,58 (nur Weertag) - 13,16 - 13,34...

Von Weitzsch.

Nach Leipzig. Norm.: 12,2 - 12,40 - 12,58 (nur Weertag) - 13,16 - 13,34...
Nach Leipzig. Norm.: 12,2 - 12,40 - 12,58 (nur Weertag) - 13,16 - 13,34...

Berliner Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Berlin. Norm.: *3,47 (D.-B. 1. u. 2. Kl.)...
B. Linie Leipzig-Berlin. Norm.: *3,47 (D.-B. 1. u. 2. Kl.)...
C. Linie Leipzig-Berlin. Norm.: *3,47 (D.-B. 1. u. 2. Kl.)...

Magdeburger Bahnhof.

A. Richtung Halle-Magdeburg. Norm.: 3,55 - 4,55 (bis Halle) - *6 (bis Magdeburg)...
B. Richtung Halle-Magdeburg. Norm.: 3,55 - 4,55 (bis Halle) - *6 (bis Magdeburg)...
C. Richtung Halle-Magdeburg. Norm.: 3,55 - 4,55 (bis Halle) - *6 (bis Magdeburg)...
D. Richtung Halle-Magdeburg. Norm.: 3,55 - 4,55 (bis Halle) - *6 (bis Magdeburg)...
E. Richtung Halle-Magdeburg. Norm.: 3,55 - 4,55 (bis Halle) - *6 (bis Magdeburg)...

Züringer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
B. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
C. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
D. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
E. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...

Ellenburger Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
B. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
C. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
D. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
E. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...

Magdeburger Bahnhof.

A. Nach Gera-Saalfeld. Norm.: 12,20 (bis Gera) - 4,47 - 5,32 (bis Weitzsch)...
B. Nach Gera-Saalfeld. Norm.: 12,20 (bis Gera) - 4,47 - 5,32 (bis Weitzsch)...
C. Nach Gera-Saalfeld. Norm.: 12,20 (bis Gera) - 4,47 - 5,32 (bis Weitzsch)...
D. Nach Gera-Saalfeld. Norm.: 12,20 (bis Gera) - 4,47 - 5,32 (bis Weitzsch)...
E. Nach Gera-Saalfeld. Norm.: 12,20 (bis Gera) - 4,47 - 5,32 (bis Weitzsch)...

Von Weitzsch.

Nach Leipzig. Norm.: 12,40 - 12,50 - 12,57 - 5,35 - 6,10 (nur Weertag)...

Ankunft der Eisenbahnzüge.

A. Linie Leipzig-Gol. Norm.: *12,35 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...
B. Linie Leipzig-Gol. Norm.: *12,35 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...
C. Linie Leipzig-Gol. Norm.: *12,35 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...
D. Linie Leipzig-Gol. Norm.: *12,35 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...
E. Linie Leipzig-Gol. Norm.: *12,35 (nach Leipzig) nur 1. Kl. mit Ausstieg...

B. Linie Gera-Saalfeld-Magdeburg-Züring.

A. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
B. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
C. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
D. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
E. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...

Dresdener Bahnhof.

A. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
B. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
C. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
D. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...
E. Linie Dresden-Magdeburg. Norm.: 12,33 - 5,17 - 5,25 (nur Weertag) bis Markranstädt...

Magdeburger Bahnhof.

A. Richtung Magdeburg-Gol. Norm.: 12,45 (nur Halle) - 3,47 - 5,24...
B. Richtung Magdeburg-Gol. Norm.: 12,45 (nur Halle) - 3,47 - 5,24...
C. Richtung Magdeburg-Gol. Norm.: 12,45 (nur Halle) - 3,47 - 5,24...
D. Richtung Magdeburg-Gol. Norm.: 12,45 (nur Halle) - 3,47 - 5,24...
E. Richtung Magdeburg-Gol. Norm.: 12,45 (nur Halle) - 3,47 - 5,24...

Züringer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
B. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
C. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
D. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
E. Linie Leipzig-Züring. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...

Ellenburger Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
B. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
C. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
D. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...
E. Linie Leipzig-Ellenburg. Norm.: 4,50 - 5,55 (nur Weertag) bis Markranstädt...

Magdeburger Bahnhof.

A. Von Leipzig. Norm.: 6,42 - 10,7 - 12,28 - 13,55...
B. Von Leipzig. Norm.: 6,42 - 10,7 - 12,28 - 13,55...
C. Von Leipzig. Norm.: 6,42 - 10,7 - 12,28 - 13,55...
D. Von Leipzig. Norm.: 6,42 - 10,7 - 12,28 - 13,55...
E. Von Leipzig. Norm.: 6,42 - 10,7 - 12,28 - 13,55...

Die mit fetten Ziffern bezeichneten Züge führen auch die vierte Wagenklasse.

Die mit fetten Ziffern bezeichneten Züge führen auch die vierte Wagenklasse. Auf den Preussischen Staatsbahnen werden unversperrte einstufige Zweiräder nur bei den mit + bezeichneten Schnellzügen befördert...

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstrasse 39-43. hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

Wer ein feines, solides Rad haben will, der wähle Styria-Fahrrad. Edmund Störzner Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt Leipzig-Plagwitz.

Zur Hebung nervöser Störungen. Engel-Apothek (Dr. Nyfius) Leipzig.

Eine wichtige Sache im Haushalt ist die Wahl einer wirklich guten Seife. Sunlight Seife.

Natur-Citronen-Saft. Sanitäts-Bazar 'Thalysia', Leipzig.

Möbel. H. Dietrich Tischlermeister [2880] Lindenau, Merseburger Str. 83.

Cigarren, Cigaretten. Kautabak (Genossenschaft).

Kinderwagen 'Brennabor'. Hier ist die billigste Bezugsquelle.

Popp Panorama, Kossplatz. Der Billigste in Leipzig.

Solide Familien. erhalt. säm. Wäsche.

Cigarren, Cigaretten. Heinrich Borleis.

Pa. Speisekartoffeln. Prima Landecker 6.50 Wl.

Reichstag.

190. Sitzung. Dienstag den 10. Juni 1902, 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Tzieltmann, Frhr. v. Rheinbaben, Müller.

Zunächst wird gemäß einem Antrage der Geschäftsbordungskommission die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abgg. Raab und Liebermann v. Sonnenberg wegen öffentlicher Beleidigung des Abg. Demmig (freis. Bp.) verfügt.

Es folgt die

zweite Beratung der Zuckersteuernovelle.

Artikel 1 handelt von der Kontingentierung. Es wird danach für die einzelnen Fabriken auf die Dauer von 5 Jahren, vom 1. September 1903 bis zum 31. August 1908, für jedes Betriebsjahr eine Zuckermenge (Kontingent) festgesetzt, bei deren Ueberschreitung ein Steuerzuschlag von 4.40 Mk. für je 100 Kilogramm zu entrichten ist. Die Festsetzung der Kontingente soll unmittelbar nach der Veräußerung des Gesehes für die Betriebsjahre 1903/4 bis einschließlich 1907/8 erfolgen und alle diejenigen Fabriken umfassen, die bei Veräußerung des Gesehes bereits im Betriebe oder zum Betriebe fertig oder bis vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren. Den Fabriken, die bereits 1901/2 im Betriebe oder zum Betriebe fertig waren, wird dasjenige Kontingent zuertheilt, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesehes für 1903/4 zustehen würde. Später errichteten Fabriken, soweit solche bis zur Veräußerung des Gesehes bereits im Betriebe oder zum Betriebe fertig oder soweit sie vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren, wird unter Anbörung von Sachverständigen ein Kontingent zuertheilt, das im Verhältnis zu ihrer technischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von 50 Arbeitstagen festgesetzt wird. Andere Fabriken sollen für die Betriebsjahre 1903/4 bis 1907/8 überhaupt kein Kontingent erhalten.

Die Regierungsvorlage hatte die Kontingentierung aufgehoben. Abg. Dr. Barth (freis. Bp.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Frhr. v. Langen (Konf.) beantragt, bezüglich des Steuerzuschlags für die Ueberschreitung des Kontingentes die Bestimmung einzufügen: „Insoweit die Zuckerfabriken nur diejenigen Nebenmengen verarbeitet haben, zu deren Abnahme sie durch vor dem 1. Juni 1902 abgeschlossene Verträge verpflichtet waren, ermäßigt sich der Steuerzuschlag bis 1. August 1904 auf 2.50 Mk. für je 100 Kilogramm Rohzuckerwert.“

Abg. Richter (freis. Bp.) beantragt, im Falle der Annahme der Bestimmungen über die Kontingentierung festzusetzen, daß allen nach dem Betriebsjahr 1901/2 errichteten Fabriken auch für die Jahre 1903—1904 ein ihrer technischen Leistungsfähigkeit entsprechendes Kontingent zuertheilt werden soll.

Abg. Richter (freis. Bp.): Unser Verlangen, die Vorlage ohne Kommissionsberatung zu erledigen, resultiert daher, daß bei solchen Spezialfragen die Kommission nicht die wirkliche Stimmung der Parteien zum Ausdruck bringt. Nur so ist es auch zu erklären, daß die Kommission die Wiedereinführung der Kontingentierung beschlossen hat, für die ich nur aus Wohlthätigkeit gegen die Zuckerindustrie stimmen könnte. (Sehr gut! links.) In dem Kommissionsbericht vermißt ich jede Wiedergabe der Äußerungen der Sachverständigen, die von der Regierung vernommen worden sind. Gerade diese Äußerungen aber enthalten die besten Argumente gegen die Kontingentierung. Man sagt, die Kontingentierung soll nur auf 5 Jahre vorgenommen werden. Aber auch beim Branntwein wurde dasselbe beschlossen und die Kontingentierung dann auf weitere zehn Jahre verlängert! Man spricht immer vom Schutze der kleinen Fabriken. Gerade diese aber gehören den Grafen und Baronen, während umgekehrt die Teilhaber großer Aktiengesellschaften kleine Leute sind. Man spricht vom Interesse der Landwirtschaft! Die Nebenbauer werden aber von einer Fabrik abhängig gemacht und auf diese Weise sklavisiert. Die Höhe des Kontingents ist ganz willkürlich gewählt worden, man hätte sie ebenso gut ausnobeln können! (Heiterkeit.) Abg. Müller-Fulda hat hier erklärt, ohne Kontingentierung werde im Reichstag keine Mehrheit für die Konvention vorhanden sein. Ich kann mir nicht denken, daß die Freunde der Kontingentierung zusammen mit den absoluten Gegnern der Konvention eine Mehrheit bilden werden, die schließlich die ganze Konvention verwirft, falls die Kontingentierung nicht zu Stande kommt. — Ich scheue mich nicht, der Regierung gegenüber in die schärfste Opposition zu treten, wenn es uns nötig scheint, wenn aber die Regierung einen solchen Fortschritt anbahnt, dann halte ich es für meine Pflicht, ihr rückhaltlos zuzustimmen und das große Werk der Konvention durch die Bestimmungen über die Kontingentierung nicht zu verunzieren, zu verschlimmern und zu verderben. (Beifall links.)

Abg. Dörffels (Reichsp.): Ich bin ein prinzipieller Gegner der Kontingentierung. Wenn ich trotzdem dafür stimme, so bestimmt mich einerseits die Thatsache, daß der Kontingentierung die Erträgnisse des Jahres 1901, eines besonders reichlichen Nebenjahres zu Grunde gelegt sind und zweitens die Erklärung des Abg. Müller-Fulda, daß für seine Freunde die Annahme der Kontingentierung ein integrierender Bestandteil der ganzen Zuckersteuernovelle sei. (Beifall rechts.)

Abg. Schöppel (Soz.): Ich vertrete hier eigentlich keinen sozialdemokratischen Antrag, sondern die Regierungsvorlage. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.) In den Kommissionsverhandlungen hat sich gezeigt, daß über die Frage der Kontingentierung absolut keine einheitliche Anschauung auch innerhalb der Mehrheit vorhanden war. Als wir in der Kommissionsitzung etwa 5—7 Minuten nach der Mittagspause das Sitzungszimmer wieder betraten, erfuhr wir, daß dieser wichtige Abschnitt lang- und langlos von einer zufälligen Mehrheit angenommen wurde. (Hört, hört! links.) Das Reich hat seiner Zeit die Kontingentierung eingeführt, um sich nicht durch die Verpflanzung der Prämienzahlung für eine unbeschränkt große Produktion selbst zu schädigen. Jetzt, wo die Prämien aufgehoben werden sollen, hat auch die Kontingentierung keinen Sinn mehr. Gerade die Kontingentierung hat den Nebenbau des Ostens gegenüber den alten Zuckerdistrikten schwer geschädigt. Für jene alten Zuckerprovinzen galt alles als Ueberproduktion, was der Osten produzierte und nur ihre eigene Produktion erkannten sie als berechtigt an. Nebenher führt im weiteren den zahlenmäßigen Nachweis, wie der Osten durch die bisherige Kontingentierung benachteiligt worden sei. Gerade die Vertreter der agrarischen Interessen sollten doch befreit sein; die agrarischen Interessengruppen möglichst auszugleichen. Gerade Sie (nach rechts) sollten den Antrag der Kommission strikte ablehnen. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag wird ja dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete die volle Verantwortung für sein Votum zu tragen hat. Die jetzige Art der Kontingentierung unterscheidet sich von der früheren dadurch, daß es jetzt überhaupt keine Erweiterung und Neugründung von Fabriken mehr geben soll. Das bedeutet einen viel schlimmeren Auswuchs der Zuckersteuergesetzgebung, als wir ihn jemals gehabt haben. Was nach fünf Jahren geschehen soll, weiß niemand! Ob es ein neues, ein größeres Kontingent? Werden neue Fabriken gestattet werden? Ueber all diese Fragen ist im Gesehe auch nicht ein Wort enthalten. Durch die Kontingentierung wird nur das Zuckerkartell absolut festgelegt und Neugründungen unmöglich gemacht. Deshalb sollte auch die Mehrzahl der Produzenten gegen die Kontingentierung stimmen. Wir haben das größte Interesse daran, zu verhindern, daß die Zwecke der Konvention nicht durch allerlei Auslegungskünste Mißbrauch gemacht werden. Die Neukontingentierung würde nur eine verdeckte Zulassungprämie darstellen und ich kann Sie nur davor warnen, jetzt, nach Abschluß der Konvention, den anderen Staaten mit der Kon-

tinentierung wieder ein schlechtes Beispiel zu geben. Wenn Ihnen daran gelegen ist, daß die Konvention ihrem Wortlaut nach durchgeführt wird, so lehnen Sie die Kontingentierung rundweg ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Becker (Centr.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde seine Zustimmung zur Kontingentierung. Die Regierung hat bei der Vorlage der Brüsseler Konvention darauf hingewiesen, daß voraussichtlich eine Kontingentierung wieder nötig werden wird. Herr Richter kann ich eine Reihe von Sachverständigen nennen, die für die Kontingentierung sind. Gegen die Kontingentierung haben sich nur Kommerzienräte und Großkapitalisten ausgesprochen. Die ganze Sache ist gar nicht so wichtig, denn die Verhältnisse werden ganz von selbst dazu führen, daß der Nebenbau zurückgeht. (Nur links; Na also!)

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Tzieltmann: Von allen Nebenern ist betont worden, wie sich hier die verschiedensten Interessen gegenüberstehen; für die Regierung kommt aber in erster Linie das Wohl der Gesamtheit in Betracht. Da werden Sie mir beipflichten, wenn ich sage: Geklärt ist diese Frage noch lange nicht. Man kann hier die Interessen der Zuckerindustrie nicht einfach zählen, man muß sie wägen! Man muß sich die Frage vorlegen, ob das Kontingent überhaupt geeignet ist, durch seine Größe die Produktion einzuschränken. Diese Frage möchte ich vernehmen. Die ganz wenigen Fabriken, die das Kontingent überschreiten, werden die Preisbildung nicht beeinflussen. Die verbündeten Regierungen würden es für richtig halten, daß dieser Frage erst näher getreten wird, nachdem genügend Erfahrungen gesammelt und die Zuckerfabriken unter einen Hut gebracht sind. Aus diesem Grunde haben sich die verbündeten Regierungen vorbehalten, der ganzen Frage der Kontingentierung erst später näher zu treten.

Abg. Dr. Barth (freis. Bp.): Graf Posadowsky hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß diese neue Kontingentierung ganz etwas anderes sei, als die frühere, die durch die Prämienwirtschaft beengt war. Jetzt aber sind die Prämien aufgehoben. Wir könnten einfach in das Gesehe schreiben: Die Errichtung von neuen Fabriken ist bis auf weiteres verboten. (Sehr richtig! links.) Die kleinen Fabriken, die aufkommen wollten, werden in der Entwicklung gehindert; das ist der Schutze der Satten gegen die Hungrigen! Die Beschränkung der Produktion wird nur den ausländischen Konkurrenten zu gute kommen, sie werden sich beillen, die Lücke auf dem Weltmarkt, die durch die Zurückhaltung des deutschen Zuckers entsteht, auszufüllen. Hier liegt ein Protektionismus schärfster Art vor gegen gleichartige Industrien im Inland! Immer mehr drängen sich heute kleine Interessengruppen vor! Das muß anders werden! (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat die allgemeinen Interessen zu vertreten, nicht die Kleinlichen, erbärmlichen Sonderinteressen. (Beifall bei den links, Unruhe und Hischen rechts.)

Abg. Dr. Baasche (nat.-lib.): Die große Mehrheit meiner Freunde wird gegen die Kontingentierung stimmen. Nur bei freiem Wettbewerb kann für unsere Zuckerindustrie eine bessere Zeit kommen. Das Centrum möchte ich bitten, diese Frage nicht zum casus belli zu machen.

Abg. v. Romierowsky (Pole) spricht sich gegen die Kontingentierung aus.

Abg. Szmulz (Centr.) bittet um Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (Konf.) spricht sich im Namen eines Teils der Konservativen gegen die Kontingentierung aus, die diese Fabriken des Ostens schwer schädigt. Er sei mehr dafür, daß die Regierung mit den Konventionsländern Unterhandlungen über eine allgemeine Einschränkung der Zuckerproduktion trifft. Nebenher bittet er um Ablehnung der Kontingentierung.

Abg. Frhr. v. Richter (Konf.) spricht sich für die Kontingentierung aus.

Abg. Graf Bernstorff-Welzen (Welfe) schließt sich den Ausführungen des Grafen Schwerin-Löwitz an.

Abg. Frhr. v. Langen (Konf.) beifolgt seinen oben mitgeteilten Antrag.

Damit schließt die Diskussion; der Antrag Frhr. v. Langen wird abgelehnt. Die Bestimmungen über die Wiedereinführung der Kontingentierung werden in namentlicher Abstimmung mit 104 gegen 114 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Gegen die Kontingentierung stimmen die Sozialdemokraten, die freiwirtschaftlichen Gruppen, die Polen, Estländer und Welfen, die Mehrheit der Nationalliberalen und Konservativen, ein großer Teil der Reichspartei und eine Minderheit des Centrums. Dafür stimmt die Mehrheit des Centrums, ein Teil der Konservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen und die Antifemten. Mit derselben Mehrheit wird die Regierungsvorlage (Aufhebung der Kontingentierung) angenommen. Der Antrag Richter ist damit erledigt.

Artikel 2 handelt von der Zuckersteuer. Nach dem bestehenden Gesehe beträgt die Zuckersteuer 20 Mark von 100 Kilogramm Rohzuckerwert.

Die Regierungsvorlage wollte die Zuckersteuer auf 16 Mk. festsetzen.

Die Kommission beantragt, die Zuckersteuer vom 1. September 1903 ab auf 12 Mark, vom 1. September 1905 auf 10 Mark festzusetzen.

Die Abgg. Ledebour, Schöppel und Bernstein (Soz.) beantragen die vollständige Aufhebung der Zuckersteuer.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) stellt den Antrag, die Zuckersteuer vom 1. September 1903 ab auf 14 Mark, vom 1. September 1905 ab auf 12 Mark festzusetzen.

Abg. Dr. Hermes (freis. Bp.) beantragt, eine Zuckersteuer von 14 Mark zu erheben.

Abg. Gamp (Reichsp.) beantragt, in das Gesehe folgende Bestimmung einzufügen: Erreichen die Reinerlöse aus der Zuckersteuer einen Betrag, welcher die Summe von 2.10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung überschreitet, so ist der Ueberschuß anzusammeln und es ist, sobald der angesammelte Betrag 10 Millionen Mark übersteigt, im Wege der Reichsgesetzgebung zum Zwecke der Herabsetzung der Verbrauchsabgabe darüber zu verfügen.

Abg. Dr. Hermes (freis. Bp.): Durch Herabsetzung der Zuckersteuer erleben die Reinerlöse zweifellos einen Anfall. Als Ersatz würden in erster Linie Tabak und Bier in Betracht kommen. Daber haben wir unseren Antrag gestellt, die Zuckersteuer auf 14 Mk. festzusetzen. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Preussischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Auch ich bitte, den Antrag Hermes anzunehmen. Die Herabsetzung der Steuer auf 12 Mk. bedeutet für die Regierung einen Anfall von 28 Millionen Mark. Die Herren Bernstein und Dr. Gamp haben ja sogar beantragt, die Steuer ganz aufzuheben. Wenn die Herren die Verantwortung hätten, die wir hier haben, so würden sie ihren Standpunkt nicht aufrecht erhalten. Die englischen Verhältnisse kommen für uns nicht in Betracht; der Zuckerkonsum ist dort so enorm, wie er bei uns niemals werden kann. Den Anfall für die Reichskasse könnte man nur durch Erhöhung der Matrularbeiträge decken. Das würde für Preußen eine Mehrbelastung von 50 Millionen bedeuten. Noch viel mehr würden verhältnismäßig die kleineren Staaten zu leiden haben. Ich bitte Sie dringend, den Antrag Hermes anzunehmen. (Bravol bei den Freis.)

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Graf Lerchenfeld erklärt den Kommissionsantrag für die bayerische Regierung als unannehmbar und bittet, sich von dem Gesehe der Vorlage nicht zu weit zu entfernen.

Abg. Graf Bernstorff-Welzen (Welfe) tritt für den Steuerersatz der Kommissionsbeschlüsse mit dem Zusatzantrag Gamp ein.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) begründet seinen Antrag, die Steuer auf 14 bzw. 12 Mk. herabzusetzen und empfiehlt Frachts-

berabsetzung für Zucker und die für die Zuckerherstellung nötigen Rohprodukte.

Direktor im preussischen Eisenbahnministerium Mühlhausen erklärt, daß die preussische Eisenbahnverwaltung in eine eingehende Prüfung der Frachtermäßigung einreten werde.

Abg. Gamp (Reichsp.): Bei einem Ausfall in den Reicheinnahmen könnte man doch ganz gut ausländische Produkte, z. B. Kaffee, Kakao und Thee, höher belasten. Das würde auch den Arbeitern zu gute kommen. Von meinen Freunden ist ein Teil für eine Herabsetzung auf 14 Mk., ein anderer Teil auf eine noch weitere Herabsetzung. Vielleicht könnten wir uns alle auf Grundlage meines Antrages verständigen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenthal: Die sächsische Regierung erachtet die Ermäßigung der Zuckersteuer für sehr bedenklich, solange nicht ein bestimmter Ersatz für den Ausfall an den Reicheinnahmen geboten wird.

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben bittet nochmals, den Steuerersatz von 14 Mk. anzunehmen. Der Antrag Gamp scheint mir nicht nötig, da, wenn die Erträgnisse der Zuckersteuer einen Betrag erreichen, der die Summe von 2.10 Mk. pro Kopf der Bevölkerung überschreitet, der Reichstag von selbst mit dem Ersuchen der Ermäßigung der Zuckersteuer an die Regierung treten wird. Abg. Müller-Fulda (Centr.) zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Ledebour (Soz.): Bei der durchgreifenden Reform des Zuckersteuergesehes, die jetzt vorgenommen wird, ist es möglich, alle Schritte zu thun, um den Zuckerkonsum zu heben. Dies kann aber nur geschehen durch völlige Aufhebung der Zuckersteuer. In Deutschland kostet das Pfund Zucker etwa 82 Pfg., in England kostete es bis zur Einführung der neuen Steuer 14 Pfg. Der Normalpreis in Deutschland würde nach Aufhebung der Zuckersteuer und falls alle künstlichen Verteuerungen beseitigt werden, erst 16, dann 15 Pfg. sein. Dann werden auch Leute, die mit dem Zucker jetzt sehr sparsam umgehen müssen, bald erheblich größere Mengen davon konsumieren. Eine solche Verbilligung würde in Deutschland überhaupt erst eine Konsumindustrie in großem Maße ermöglichen.

Die Regierung fragt und nun, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden soll. Unseren Vorschlag einer Reichseinkommensteuer erklärt man für unannehmbar, weil diese Steuer einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstellt. Bei dem jetzigen Zustand haben aber die Einzelstaaten viel mehr zu leisten, als wenn eine Reichseinkommensteuer bestände. Herr Gamp rechnete aus, daß heute schon von einzelnen Vermögern 28 Prozent Steuern erhoben werden. Der Prozentsatz, den eine Arbeiterfamilie von ihrem Vermögen für indirekte Steuern heute ausgeben muß, ist weit größer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Autonomie der Einzelstaaten liegt doch nicht in der Methode der Steuerverwaltung, darin, ob nach einem besonderen preussischen oder bayerischen System die Steuer erhoben wird. Wollte man darauf den Hauptwert legen, so wäre das dasselbe, als wenn man die militärische Autonomie Bayerns im Raupenhelm erbitten würde. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die gegenwärtige Autonomie der Einzelstaaten in Steuerfragen ist auch nur so ein Steuer-raupenhelm. Warum schränkt man nicht die Ausgaben für unproduktive Zwecke ein? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Ausgaben für die Flotte ist sogar noch eine bedeutende Steigerung zu erwarten. Ich erinnere Sie an den Tirpitzplan und an die wunderbaren Bildwerke in der Wandelhalle, die von weitem so aussehen, als wenn eine Compagnie von Raupen im Parabemarsch über das Papier marschierete. (Große Heiterkeit.) Es waren schematische Darstellungen der Kriegsmarine der verschiedenen Nationen. Wenn ein so viel beschäftigter Mann wie Kaiser Wilhelm II. sich damit befaßt, diese merkwürdigen schematischen Darstellungen von Panzerschiffen auf das Papier zu werfen... (Lachen des Präsidenten.)

Präsident Graf Balkeström: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, die Beschlüsse des deutschen Kaisers nicht in den Bereich Ihrer Ermahnungen zu ziehen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Es ist mir ja allerdings bekannt, daß diese Beschlüsse noch nicht als Illustrationen im Reichsanzeiger erschienen sind. (Große Heiterkeit) Wir werden also bis dahin mit unserer Kritik zu warten haben. Der Zweck der Beschlüsse... (Lachen des Präsidenten)

Präsident Graf Balkeström: Trotz meiner Ermahnung fahren Sie fort, sich mit den Beschlüssen zu beschäftigen. Ich erkläre, daß dieselben nicht zur Sache gehören, und rufe Sie zur Sache. (Bravol rechts.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Trotz unserer ungünstigen Finanzlage werden wir nach meiner Ansicht eine Flottenvorlage bekommen. Heute, wo eine allgemeine Finanznot besteht, müßte man dem preussischen Volke zu 250 Millionen Mark für die Hafenpolitik gegenüber der preussischen Minderheit auszugeben! Wie können wir da den Klageschreibern der Regierung irgend einen Wert beimessen! Auch ich stimme mit dem Grafen Posadowsky darin überein, daß es eine hohe Aufgabe des Parlamentes ist, den Daumen auf dem Beutel zu halten. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, dann hat die Regierung die Pflicht, ohne Zuckersteuer ein Budget fertig zu stellen. Kann sie das nicht, dann soll sie sich an uns wenden; wir werden ihr ein Budget ausarbeiten, wie sie es seit Erschaffung der Welt — um ein geflügeltes Wort des Grafen Posadowsky anzuwenden — noch nicht gehabt hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten, der Antrag Gamp und der Kommissionsantrag werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen, der Antifemten, des Bundes der Landwirte und des Abg. Dertel abgelehnt; der Antrag Hermes ist angenommen.

§ 8, der die Steuerertritte regelt, wird debattelos angenommen.

Artikel 2a fordert Ursprungszeugnisse und setzt die Höhe des Eingangszolles aus Konventionsländern auf den höchsten Betrag fest, der nach der Konvention zulässig ist. (Mio 4.80 Mk. + 14 Mk.)

Abg. Dr. Barth (freis. Bp.) beantragt, den Ueberzoll auf 2.80 Mk. herabzusetzen.

Abg. Bernstein (Soz.) beifolgt dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Eingangszolles, an dem Deutschland als exportierendes Land kein Interesse hat. Der Rohzucker verdient nur für gewisse Zwecke den Vorzug vor dem Nebenzucker und für diese Zwecke soll man den Import nicht unnötig erschweren. Auch die Behauptung, England wolle zum Schutzzollsystem übergehen, ist unbegründet. Nehmen Sie unseren Antrag an und lassen Sie so jeden Schutzzoll ab. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Becker (Centr.) tritt für die Beibehaltung der Sursätze ein. Die Sozialdemokraten, die Vertreter der Arbeiter setzen wollen, machen durch diesen Antrag 100 000 Arbeiter brotlos.

Abg. v. Sandty (Konf.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird die Kommissionsfassung angenommen, ebenso debattelos die Artikel 2b und 3.

Artikel 4 läßt das Gesehe gleichzeitig mit der Brüsseler Konvention am 1. September 1903 in Kraft treten.

Die Abgg. Graf Roon (Konf.) und Müller-Fulda (Centr.) beantragen, das Inkrafttreten des Zuckersteuergesehes von dem gleichzeitigen Inkrafttreten des Sacharingesesehes abhängig zu machen.

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Tzieltmann: Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses will ich erklären, daß, soweit ich die Stimmung innerhalb der verbündeten Regierungen kenne, dieselben gegen die von der Zuckersteuerrkommission beschlossene neue Fassung des Sacharingesesehes nichts einzuwenden haben würden. Bei der Geschäftslage des Hauses dürfte es sich für die Antragsteller empfehlen, nach dieser Erklärung den Antrag zurückzuziehen.

Abg. Graf Roon zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Artikel 4 wird unverändert in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Weiterhin schlägt die Kommission die Annahme zweier Resolutionen vor. Die erste fordert die Regierung auf, eine Besteuerung des Stärkewunders in Erwägung zu ziehen; die zweite verlangt thunlichste Ermäßigung der Eisenbahntarife für Zuckerrüben, Schnitzel und Melasse, sowie für Roh- und Kristallzucker.

Abg. Richter (rech. Sp.) bittet dringend um Ablehnung der ersten Resolution. Es brauche doch nicht alles, was süß ist, besteuert zu werden.

Gegen die Stimmen des Centrums und der Reichspartei wird die erste Resolution abgelehnt, die zweite wird einstimmig angenommen.

Eine Resolution des Abg. Schmidt-Wangsen (nat. Ab.), die Steuerermäßigung resp. Befreiung des zur Produktion von Melasse verwandten Zuckers verlangt, wird abgelehnt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Präsident Graf v. Helldorf: Ich beraume die nächste Sitzung an auf Mittwoch vormittags 9 Uhr (große Urube und Oh-Rufe) mit der Tagesordnung: Zweite Lesung des Sacharingesetzes. — Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. (Große Heiterkeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

62. Sitzung der Volkstarkommission.

Berlin, 10. Juni 1902.

Eine durch den Vorsitzenden, Abg. Meitich, eingeleitete Besprechung über den Geschäftsplan der Kommission während der Beratung des Reichstags fördert die verschiedensten Vorschläge zu Tage. Unter anderem beantragt auch der Vorsitzende, es möchte die Frage mit in Betracht gezogen werden, ob nach der 1. Lesung eine Pause eintreten solle; die Regierungsvertreter wünschten ebenfalls einen bestimmten Plan, damit sie wissen, wie sie über ihre Sommerzeit verfügen können. Die Beratung wird bis morgen ausgesetzt, damit die einzelnen Parteien sich darüber vernehmen können.

Zur sachlichen Beratung steht der Abschnitt F, Sprengstoffe, Schießbedarf und Handwaren. Die Positionen 861 und 862 belegen Schießpulver, Dynamit, Nitrosäure etc. mit 10 resp. 5 Mk. Zoll. Gothein beantragt: Schießbaumwolle, Kollobium 3 Mk., Schießpulver frei, in Hülsen, Kapseln 8 Mk. Die Sozialdemokraten verlangen Zollfreiheit.

Soch begründet letzteren Antrag. Die Ausfuhrziffern erweisen keine Berechtigung des Zolles. Der Pulverring macht glänzende Geschäfte. Auch der Abg. Gothein erörterte die Verhältnisse des Pulverrings; derselbe erstrebt jetzt ein internationales Kartell, um hohe Preise diktieren zu können. Für das Pulver, das der Ring an die Regierung verkauft, verdient er 150 Prozent. Die deutsche Seeresverwaltung muß mehr zahlen

als das Ausland, an das der Ring billiger verkauft. So wird der Staat ausgebeutet. Es ist nicht Aufgabe des Reichs, den Kapitalisten Gewinne zuzuschreiben auf Kosten der Gesamtheit und die Kartelle zu stärken. Die Regierungsmotive für die Erhöhung des Pulverzolles sind auf den ersten Blick als unrichtig und hohle zu erkennen.

Soch beantragt, statt 20 Mk. 12 Mk. Zoll zu setzen. Geheimrat Müller erklärt, daß handelspolitische Zwecke für den Zoll in Betracht kämen.

Paasche sucht als stellvertretender Vorsitzender die Ausfuhrungen Sochs zu entkräften und bestreitet, daß der Pulverring das Reich ausbeute. Den beiden Vordreibern tritt der Abg. Müller entgegen; als handelspolitische Waffe sei der Zoll untauglich und der Staat, d. h. die Gesamtheit der Steuerzahler, müsse höhere Preise zahlen. Auch der Abg. Müller selbst tritt dieser Ansicht bei. Soch wendet sich energisch gegen Paasche und den Regierungsvertreter. Ersterer habe etwas bestritten, was unüberlegbar sei, seine vertrauliche Mitteilung bezüglich des Pulverrings sei wertlos; während Paasche abermals behauptet, der Pulverring beherrsche heute nicht mehr den Markt. Das bestreitet wiederum Soch und auch Paasche erwidert noch einmal, seine Behauptungen aufrecht zu erhalten.

Darauf wird der Antrag Gothein zu Position 861 und 862 mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen. Danach bleibt Schießpulver, Sprengpulver zollfrei.

Darauf Schluß der Sitzung 11 Uhr, da die Plenarsitzung beginnt. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Arbeiter! Genossen!

Herr Georg Bernhard, Berlin

Lehrer der Arbeiter-Bildungsschule

Montag den 16. Juni abends 7/9 Uhr im Felsenkeller, Plagwitz

Dienstag den 17. Juni abends 7/9 Uhr im Thüringer Hof, Volkmarisdorf

Zwei grossen

Oeffentl. Versammlungen

über: Die Wirtschafts- und Finanzkrise und der Leipziger Bankrott vor Gericht.

Nach dem Vortrag Diskussion.

Arbeiter! Genossen! In Anbetracht des wichtigen und interessanten Themas und der am Montag den 16. Juni beginnenden Gerichtsverhandlung gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Bank machen wir auf diese Versammlungen ganz besonders aufmerksam und erwarten deshalb einen recht zahlreichen Besuch.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine L.-West und L.-Ost.

7. Jubiläums-Jachtausstellung des Verbandes selbst. Deutscher Konditoren

in den sämtlichen oberen und unteren Räumen des Krystall-Palastes. Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Entree 50 Pfg. Kinder die Hälfte.

Mittags und abends Konzert.

Dauer der Ausstellung bis inkl. Sonntag, 15. Juni a. c.

In unseren Verkaufsstellen wird

BONA-Margarine als bester Butterersatz

Konsum-Verein Stötteritz und Umgegend.

Textilarbeiter Leipzigs. Sonnabend den 14. Juni 1902 im Saale des Felsenkeller, L.-Plagwitz Grosses Sommer-Vergnügen unter Mitwirkung des Radfahrer-Vereins Vorwärts, Kleinzschocher (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität). Einlass 7 Uhr. Ende ?? Das Komitee. Es ladet ein Die Kollegen von Norden, Süden und Osten sind hierdurch eingeladen. [5587]

Café Geßwein Brühl 21, I. Erinnerungshüte an Goethe und Käthe von Schönkopf. Aelterthümer Kaffeehaus. Schwitzer für Herren u. Knaben gibt billig ab die Fabrik [8368] Weststrasse 67, pt. Laufdecken Mk. 6.— Luftschlänche Mk. 3.25 mit Garantie [8577] Sommerlatte, Pfaffenfurter Str. 13.

Felsenkeller, L.-Plagwitz Morgen Donnerstag Grosses Sommernachts-Fest bestehend in Konzert der Kapelle Günther Coblenz, Illumination des ganzen Konzertparks, Brillantfeuerwerk mit effektvollen Arrangements etc. BALL bis 2 Uhr nachts. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pfg. Vorverkaufkarten gültig. [5586]

Schirmfabrik Paul Kloemann Gerberstr. 13 und Tauchaer Str. 16. Woheres Lager nur selbst fabrizierter Herren- u. Damenschirme, Spazierstöcke. Bezüge und Reparaturen schnell und billig. [6819] Matjes-Grünze Eisenbahnstr. 115 B. Woll-Grünze

Gasthaus Stadt Gotha

Große Fleischergasse 14. Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Gewerkschaften meine freundlichen bis zu 150 Personen fassenden Lokaltäten zur gefl. Benutzung. ff. Getränke. Gute Küche. Gute saubere Betten zu mäßigen Preisen. Jeden Sonntag Schweinbraten. [1516] Hochachtungsvoll Rich. Boyer.

Arnolds Restaurant und Café Dufourstr. 30, Ecke Bülowstraße [4491] empfiehlt seine freundlichen Lokaltäten zur gefälligen Benutzung. Bier F. A. Ulrich ff., gute Küche. Hochachtungsvoll Arnold.

Restaurat zum Löwen Große Fleischergasse übernommen habe und bitte ich, das mir bis dato geschenkte Wohlwollen auch fernerhin übertragen zu wollen. Hochachtungsvoll Fritz Kemme. [5638]

Möbel-Magazin E. Rehm vorm. H. Lange Lindenau, Querstrasse Nr. 4 empfiehlt [5025]

Möbel, Spiegel und Polsterwaren eigener Fabrik, kompl. Wohnungs-Einrichtungen, ganze Brautausstattungen. — Nur gute und solide Arbeit bei langjähriger Garantie. — Freier Transport nach jeder Bahnstation. Besichtigung auch Sonntags gestattet.

Pepsinol

hergestellt aus chem. reinem Pepsin und wirksamsten aromatischen Kräutern, ist ein ganz hervorragender Magenbitter und bei allen Verdauungsbeschwerden sehr zu empfehlen.

- Zu haben in den Restaurants sowie bei: Assmann, M., Nachf., Elisenstr. Richter, Ed., Süßstr. 51. Barth, Franz, Dufourstr. Ritter, Samuel, Neumarkt. Behrens, W., Nachf., Reiger Str. Kohleder, Gebr., Ede Sidonien- und Bayerische Str. Blodermann, Paul, Theaterplatz 1. Böhme, Rob., Ritterstr. 24. Dr. Rossberg & R. Strauss, Grimm-Steinweg 11. Donath, Gustav, Wintergartenstr., Ede Georgenstr. Schönbürg, Fr., Nordstr. 58. Franz, Gustav, Ede Albert- u. Emilienstr. Schöne, F. V., Nachf., Querstr. 7. Friedemann, Emil, Bayerische Str. 20. Schöpke, Otto, Elisenstr. 11. Grünthal, W. B., Tauchaer Str. 28. Schmidt, Rich., Reiger Str. 55. Helmert, Julius, Ede Elisen- u. Körnerstr. Schrader, Herm., Pf., Pfaffenb. Str. 8. Helsterberg, L., Johannsplatz 19. Schramm, Emil, Bayerische Str. 64. Held, Theod., Nachf., Petersstr. 26. Schubert, C. F., Nachf., Brühl 58. Helle, Kolonnenstr. Spaarmann, Ewald, Bayerische Str. 52. Hermann, Gust., Nachf., Al. Fleischergasse 16. Vogel, Ernst, Gr. Fleischergasse 26. Klautschke, P. O., Thomastusstr. Weisse, Otto, Reiger Str. 25. Knoblauch, Otto, Nordstr. Weisse, Reinh., Turnersir. 8. Kutschbach, H., Windmühlenstr. 44. Werner, Ernst, Peterssteinweg. Noack, R., Sidonienstr. 8. Werner, G. H. (M. Arnold), Al. Fleischergasse 1. Reimann, Otto, Ede Sophien- u. Elisenstr. Werner, Julius, Walbstr.

Dr. Walter Peters & Co. Promenadenstr. 35.

Pepsinol

Größte Special-Reparatur-Werkstatt für Fahrräder und Nähmaschinen besteht seit 1878. [8342] Ant. Tätzner, Mechaniker. Leipzig, Tauchaer Str. 28, neb. Daitenberg Gr. Kusw. prämi. Konventionädel, Gedbauer, Nistl, Nest, Chapp. Eierbrot, hoch Sommerbraten, 5 Pfd. 1.10 Mk., (Str 19 Mk., Kleinfeneier, Mehlw., Ital. Gofel 10 Pfg. emp. Max Kraft, Poststr. 15